

Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS) e.V.

**Detlev Bald
Wilfried Schreiber**

**Deutsches Militär
und
deutsche Außenpolitik
1914 2014**

DSS–Arbeitspapiere

Heft 111 – 2014

Herausgeber: **Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK** e.V.

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler Rottwerndorfer Str. 3 01257 Dresden

Redaktion und Druckvorbereitung; V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Siegfried Schönherr

Vertrieb: Dr. Lothar Glaß Neuostra 1 01219 Dresden Telefon: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS–Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren. Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren. Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 20. Mai 2014

Kostenbeitrag: 4,00 Euro

Schriftenreihe „DSS–Arbeitspapiere“ ISSN 1436–6010

Inhalt

DETLEV BALD	Die deutsche Katastrophe - 1914	4
WILFRIED SCHREIBER	Bundeswehr und <i>neue</i> deutsche Außenpolitik	18

Detlef Bald

Die deutsche Katastrophe – 1914

Zu einer langen Kontinuität der Geschichte

1914, der Beginn des Großen Krieges, wie man in England und Frankreich sagt, oder des Ersten Weltkrieges, erfährt Aufmerksamkeit, mehr als viele gedacht haben. Nach Generationen ist eine Erinnerung da an das Grausen, an Turbulenzen, an dramatisches Geschehen. Etwas spricht die Menschen an, fasziniert. Die damaligen Ereignisse finden heute wieder einen Nachhall. Was aber geschah damals, 1914? Was ist zu erinnern, was ist Mahnung, warum dieser epochale Umbruch? Es folgten in den deutschen Monarchien Revolutionen und Bürgerkrieg, politische Wirren, Kämpfe um Demokratie und Republik. Dann Faschismus, Nationalsozialismus und Kriege nach Ost und West, der Zweite Weltkrieg und die Kapitulation 1945. Berühren uns die Millionen Verwundeten, das Elend der Vertreibung, Flucht, Heimatlosigkeit von Generationen und Völkern? 1914 hat eine nahezu unermessliche Komplexität in Gang gesetzt, Hoffnungen eines vertrauensseligen Optimismus wie auch grandioser Militär- und Machtfantasien. 1914 fesselt, symbolisiert es doch eine ungeheuerliche, über Europa hinausreichende historische Zäsur, in der Aufbruch, Abstieg und Fall greifbar dicht beieinander lagen.*

Verantwortung für den Krieg

Kriegsbegeisterung im August 1914 und die späteren Materialschlachten des Weltkrieges sind bekannt. Wie kam es dazu? Die Katastrophe 1914 kam nicht zufällig; sie erklärt sich nicht als unbedarft-unglückliches *Schlafwandeln* einiger Politiker Europas, die eigentlich ungewollt zu den Waffen griffen und in den Krieg hineinschlidderten. Christopher Clark und Herfried Münkler, als prominente Vertreter dieser Interpretation, treffen nicht ausreichend die Realität des Jahres 1914.¹ Wenn Münkler sich sogar zu der These versteigt, „nicht einmal die in Deutschland Verantwortlichen wussten 1914, warum sie“ Krieg führen würden, verfälscht er mit dieser Aussage die Fakten der historischen Realität und befördert revisionistische Tendenzen.² Die bahnbrechenden Archivstudien der internationalen Forschung haben jene unwiderlegbaren Do-

* Dieser Beitrag fußt auf dem Vortrag beim Friedensratschlag an der Universität Kassel im Dezember 2013.

¹ Den deutschen Willen zur Expansion durch Krieg vernachlässigen Christopher Clark, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013 und Herfried Münkler, *Der große Krieg. Die Welt 1914 - 1918*, Berlin 2013.

² Herfried Münkler, Interview, in: *Christ und Welt*, 07/2014.

kumente offengelegt, nach denen die Reichsregierung nach 1900 über Jahre hin die beste Gelegenheit suchte, in einem militärischen Doppelschlag gegen Frankreich und Russland ihre Weltgeltung durch eine kontinentale Hegemonie zu untermauern. Diese Erkenntnisse aufgrund der Archivanalysen, vor allem von Fritz Fischer, können nicht bagatellisiert werden.³

Heutzutage hat die Frage an Brisanz verloren, über die alleinige *Schuld* am Kriegsausbruch zu streiten, die nach den Verträgen von Versailles Deutschland trüge und in den zwanziger und dreißiger Jahren heftige emotionale Wellen verursachte. Denn es gibt eindeutige Ursachen, zu denen vorrangig die militärpolitischen Doktrinen und strategischen Planungen des deutschen Generalstabs zu rechnen sind. Hier finden sich harte Fakten, ohne die der Kriegsbeginn nicht zu erklären ist. In Berlin und Wien beseelte mit hoher Intensität Politik und Militär, benachbarte Territorien zu erobern. Wiens Interesse ging hin zum Balkan, um in Serbien *aufzuräumen*, das Deutsche Reich suchte Arrondierung im Westen wie im Osten. Diese Expansionsabsichten, gerade auch in präventiver Absicht, machen die Differenz zu den übrigen europäischen Staaten aus. Sie dürfen nicht mit dem über Jahre bestehenden internationalen Profil der Aufrüstung und der Militärkonkurrenz, also des Säbelrasselns von London bis St. Petersburg, verwechselt werden. Unabhängig davon waren Berlin und Wien bemüht, nicht als Angreifer von der eigenen Öffentlichkeit angesehen zu werden, sondern als Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit.

Nicht *Schlafwandeln* der beteiligten Diplomaten, Politiker und Militärs ließ es zum Krieg kommen, sondern schlussendlich der *Wille zum Angriff* in Berlin und Wien.⁴ Diese Bereitschaft zum Krieg auf dem Kontinent wird auch nicht von Niall Ferguson infrage gestellt, der überzeugt die These vertritt, Britannien hätte nicht wegen der Verletzung der belgischen Neutralität in den Krieg auf der Seite Frankreichs eintreten sollen; dem nationalen Interesse wäre mehr gedient gewesen, wenn eine angemessene realpolitische Analyse angestellt worden wäre. Sie hätte in London zu dem Schluss führen müssen, den Kriegsausgang abzuwarten und dann ohne die katastrophalen Verluste gelassen auf die neuen Verhältnisse zu reagieren.⁵ Diese These ist spannend, aber

³ Siehe die grundlegende Arbeit von Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht*.

Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf, 3. Aufl., 1964 (1961).

⁴ John C. G. Röhl, *Der Wille zum Angriff*, in: SZ, 5. März 2014, S. 12; siehe Interview von Franziska Augstein mit Christopher Clark und Gerd Krumeich, *Man hat doch eine Leidenschaft*, in: SZ, 01./02. März 2014, S. 7.

⁵ Siehe Niall Ferguson, *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, München 2013.

ebenso hypothetisch wie anzunehmen, im deutschen Generalstab hätte es eine prinzipielle Friedensorientierung gegeben.

Kulturgeschichtliches Milieu

Was also ist dann ursächlich für Bereitschaft und Entscheidung, einen Eroberungskrieg in Mitteleuropa zu beginnen? Einfach hilft das wichtige Stichwort des Militarismus und Nationalismus nicht weiter. Es sind in Deutschland – vielschichtige Zusammenhänge umfassend – die *Ideen von 1914*.⁶ Dieser Begriff aus dem Jahr 1915 enthält eine Vielfalt an Auffassungen, an Strömungen, an Weltanschauungen einer *deutschen Sendung*, einer nationalen Integration der inneren Spannungen, der sozialen und politischen Harmonisierung, der gemeinschaftlichen Gesinnung – im Beginn des Krieges greifbar. Diese *Ideen von 1914* in Politik und Militär, in Adel und Bürgertum, setzten den Kontrapunkt zu den *Ideen von 1789* – eine Konfrontation von Freiheit, Gleichheit und Individualität, Demokratie und Parlamentarismus gegenüber staatlicher Orientierung der Pflicht, Ordnung, Einigkeit; eine Gemengelage gegenüber der Zivilisation des englischen Liberalismus und der französischen Demokratie: Dienen und Disziplin, eine persönliche Hingabe an die Unterordnung an den Staat, diese Staatlichkeit als wahre Antithese zu der so gedeuteten zügellosen Freiheit von 1789. Friedrich Meinecke gab diese Botschaft: „Dienen, sich unterordnen dem, was wir als vernünftige allgemeine Gesetzgebung anerkannt haben, erniedrigt also nicht, macht nicht unfrei, sondern wahrhaft frei.“⁷ Diese *Ideen von 1914* definierten innenpolitische Gegnerschaft und außenpolitische Erbfeindschaft. In diesem Milieu herrschte ein „Geisterkampf der Prinzipien“.⁸ Er suchte Gemeinschaft, Volksgemeinschaft. Dieses wurde dann das Wort der Zukunft. Das Kaiserwort, „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, gibt diesen Klang typisch wieder. Gemeinschaft schuf das Fundament des deutschen Nationalismus.

Europaweit spielte der Nationalismus eine herausgehobene Rolle, aber in Deutschland gewann im 19. Jahrhundert die Nation obersten Stellenwert in der Werteskala. In einem doppelten Sinne, nach außen: Der *Anspruch auf Höherrangigkeit* der deutschen Nation vor den anderen Nationen. Dies galt ebenso auch nach innen: Der *Vorrang des Nationalismus vor allen anderen Wertesyste-*

⁶ Berühmt der Staatsrechtler Rudolf Kjellén, *Die Ideen von 1914. Eine weltgeschichtliche Perspektive*, Leipzig 1915; J. Plenge, *1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes*, Berlin 1916.

⁷ Friedrich Meinecke, *Die deutsche Freiheit. Fünf Vorträge*, Gotha 1917, S. 22.

⁸ Hans Maier, *Gesammelte Schriften*, Bd. V, *Die Deutschen und ihre Geschichte*, München 2010, S. 239.

men.⁹ In den Jahren vor 1914 erhielt diese Überhöhung in den mächtigen Verbänden der Alldeutschen, des Ostmarkvereines, des Kolonial- oder des Flottenvereins einen geradezu politisch-religiösen Charakter und erfasste nahezu die gesamte Nation. Hier keimten die Sumpflüten des pangermanischen Rassismus als *Vollendung* der Nation. Eine *Deutschtumspolitik* unterlegte die wilhelminische *Weltpolitik* mit der subversiven Ausgrenzung der anderen. Aussiedlung der Polen oder Bekämpfung der slawischen Flut auf der einen Seite, und auf der anderen ein schleichender Antisemitismus sind Kennzeichen dieser Entwicklung. Gleichsam im Alltag vollzog sich, Nation und Rasse synonym zu verwenden.¹⁰ Nationale Appelle wurden somit zugleich zur Ausgrenzung anderer Nationen genutzt, schufen und stärkten Feindschaften. Leicht und emotionalisiert ließ sich spekulieren, da die Begriffe keine definierten Merkmale hatten.¹¹

Die Überlegenheit wurde auch mit der Idee einer bevorzugten *Kulturmacht* unterlegt. Die deutsche Kultur wurde zum Element weltweiter Konkurrenz, ein Beweis der Einzigartigkeit deutscher Vergangenheit. Der Anspruch auf deutsche Kulturmacht geriet zur Weltmission, im rechten alldeutschen Lager rassistisch begriffen und aggressiv eingesetzt.¹² Die sozialdarwinistische Auslese wurde schließlich auf die Rivalität der Staaten übertragen. *Weltmacht oder Niedergang* wurde an die Fahne geheftet; endlich müsse Schluss sein mit der „Politik des Friedens und des Verzichts“¹³. So in den Schulen wie an der Generalstabsakademie, deren oberstes Lernziel war: „Im Frieden den Krieg lehren.“¹⁴ *Krieg* war in den Worten des Generals Friedrich von Bernhardi die Konsequenz, war „nicht nur eine biologische Notwendigkeit, sondern auch sittliche Forderung und als solche unentbehrlicher Faktor der Kultur“, folglich das

⁹ Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. III, Von der *Deutschen Doppelrevolution* bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849 - 1914, München 1995, S. 942.

¹⁰ Siehe die Analyse von Hans Günter Zmarzlik, Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1963, S. 246 ff.

¹¹ Siehe Eric J. Hobsbawm, Nation und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, München 1996, S. 121 ff.

¹² Siehe Frank Trommler, Kulturmacht ohne Kompass. Deutsch-auswärtige Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert, Köln 2014.

¹³ Diese Politik galt auch für Schulen und Universitäten, siehe Wolfgang Keim, Ulrich Schwerdt (Hrsg.), Handbuch der Reformpädagogik in Deutschland (1890 - 1933), Frankfurt a. M. 2013, S. 135 ff.

¹⁴ Siehe die Belege bei Detlef Bald (Hrsg.) u. a., Tradition und Reform im militärischen Bildungswesen. Eine Dokumentation 1810 - 1985, Baden-Baden 1985.

„Recht“ und die „Pflicht zum Krieg“.¹⁵ So radikalisierte sich die Botschaft: Kampf gegen alte Erbfeinde und andere minderwertige Völker Europas.

Innenpolitisch führte dieser völkische Nationalismus zur Ausgrenzung von Minderheiten. Ein populärer Zeuge, der von Alfred Hugenberg geförderte Heinrich Claß von den Alldeutschen, bekämpfte vor allem die Gefahren der *Ideen von 1789*. Claß, der Repräsentant des radikalen bürgerlichen Konservatismus, bestand auf Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts; Ausschluss von Frauen aus der Politik; Ablehnung des Parlamentarismus, der Sozialdemokratie, der Polen und der Juden. Sie alle – *Feinde unseres Vaterlandes* – waren vom sozialen Aufstieg, also von den höheren Berufen, auszuschließen. Der Ruf *Deutschland den Deutschen!* begeisterte.¹⁶ Sogar Kaiser Wilhelm II., der mit seiner *Hunnenrede* zuvor ein Expeditionskorps nach China zum Ruhme deutscher Weltgeltung entsandt hatte, gab solches Pathos rassistischer Provenienz vor. Seine Parole, Deutschlands Sendung sei, „sich überhaupt der Slawen zu erwehren und deutsch zu bleiben,“ wurde verbreitet, um Österreich im „Rassenkampf (...) der Germanen gegen die übermütig gewordenen Slawen“ zu unterstützen. Es gehe um „die Existenz unseres Vaterlandes“.¹⁷ Die führenden Schichten in Deutschland, Adel und Bürgertum, lebten in einem ideologisch hoch emotionalisierten Milieu der Macht und Überlegenheit; sie intonierten die Melodie für das, was preußisch-deutscher Nationalismus, Militarismus oder Imperialismus genannt wird.

Neben den bislang angesprochenen Faktoren der *Ideen von 1914* ist eine weitere Institution mit hoher Bindekraft zu nennen. In dem adlig-bürgerlichen Staat war das Militär die eine institutionelle Säule der Monarchie, daneben die zweite Säule, die Kirche. Sie und der Monarch, dieses Landeskirchenregiment, bildeten das System von *Thron und Altar*. Es nahm eine konstitutionelle Rolle im Reich ein und hatte konstitutive Bedeutung für die politisch-normative Sinnvermittlung. Im überbordenden Nationalismus des 19. Jahrhunderts hatte sich eine Art Nationalprotestantismus entwickelt, der in der Kirche andere Strömungen an den Rand drängte. Die Parole galt: *Ein Volk, ein Reich, ein Gott*. Die Kriegspredigten des Ersten Weltkriegs geben beredt Zeugnis von der Verkettung von Religion und Kriegspropaganda, auf evangelischer wie auf katholischer Seite.¹⁸ Den Ton gab der Berliner Hofprediger Ernst von Dryander

¹⁵Friedrich von Bernhardi, *Deutschland und der nächste Krieg*, Stuttgart 1912, S. 12 f; 34 f.

¹⁶Siehe Heinrich Claß (Pseudonym Daniel Frymann), *Wenn ich der Kaiser wär*. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912, passim.

¹⁷Besprechung mit Albert Ballin (Hapag) am 8. Dez. 1912, in: *Der Kaiser... Aufzeichnungen des Chefs des Marinekabinetts Admiral Georg Alexander von Müller über die Ära Wilhelms II.*, Göttingen 1965, S. 124 f.

¹⁸Siehe Karl Hammer, *Deutsche Kriegstheologie 1870 - 1918. Dokumente*, München 1974.

am 4. August 1914 an mit der biblischen Botschaft: „Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?“ Diese Passage bildete den Auftakt der religiösen Überhöhung – kulminierend in den Ruf: „Mit Gott für Kaiser und Reich!“ Er sprach: „Und in der Gewissheit, dass (...) Gott allein uns den Sieg“ verbürge.¹⁹ In den Kriegspredigten wurde die politisch-religiöse Verkettung überdeutlich: „(...) in Gott ist es begonnen, mit Gott wird es getan“.²⁰

Nur ein Beispiel aus der akademisch-theologischen Kriegseuphorie soll angesprochen werden. Schon am 4. Oktober 1914 veröffentlicht, sticht der *Aufruf an die Kulturwelt* hervor. Namhafte Gelehrte, darunter auch heute noch berühmte Personen wie Gerhart Hauptmann, Max Planck und Wilhelm Röntgen, solidarisierten sich mit der deutschen Kriegführung. Unter den 93 Professoren hatten ihn dreizehn Theologen – acht protestantische (darunter Adolf von Harnack sowie Reinhold Seeberg) und fünf katholische – unterzeichnet, an der Spitze vertreten war die Berliner Universität, das „geistige Leibregiment der Hohenzollern“, wie ihr Rektor deren exponierte politisch-gesellschaftliche Stellung charakterisierte.²¹ Der Geist dieser *Kulturwelt* gipfelte in diesen positiven Aussagen: „Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt.“ Und dann, kursiv hervorgehoben: „*Deutsches Heer und deutsches Volk sind eins.*“ Dieses Bewusstsein verbrüdere das Volk. Mit ihrer *Ehre* standen die Unterzeichner in diesem Dokument des Militarismus ein.²²

In platter Weise zog das überhöhte Augusterlebnis der bejubelten militärischen Heldentaten in die kaum erfassbaren Abertausende von Kriegspredigten hinein. Zu häufig waren sie geleitet von der Vorstellung eines erlösenden *reinigenden Gewitters*, was sozialdarwinistisch der Durchsetzung des Stärkeren gleichkommt, aber religiös kam es der Siegeshoffnung der Guten entgegen; das Böse-Sündhafte würde unterliegen. Glaubhaft in Deutschland war natürlich, die eigene Existenz mit dem Überwinden des Bösen zu verbinden. In dieser Welt nationalistisch-religiöser Schwärmerei tauchte immer häufiger die Formel von den *deutschen Christen* auf, wie für Otto Dibelius 1918 die deutsche Nation ein *ewig heiliges Gut* war. Daher: „Nicht Verzicht und Verständigung, sondern Ausnutzung unserer Macht bis zum Äußersten, das ist die Forderung des Christentums, seine Friedensforderung an uns deutsche Christen.“ Di-

¹⁹Predigt am 4. Aug. 1914, Ernst von Dryander, Erinnerungen aus meinem Leben, Bielefeld 1922, S. 276.

²⁰Karl Hammer, Adolf von Harnack und der Erste Weltkrieg, in: ZEE 16/1972, S. 226.

²¹Zitat in: Klaus Böhme, Einleitung, in: Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg, Stuttgart, 2. Aufl., 2014, S. 13.

²²Ebenda, Aufrufe, S. 41 f.

belius verkörperte idealtypisch die religiöse Sinnstiftung für das politische Handeln, aus dem Krieg werde in vollendeter *Heilsgeschichte* Deutschland siegreich hervorgehen.²³ Diese *Neue Rechte* der Theologiepolitik fand über 1914 hinaus in Seeberg ihren Kristallisationspunkt, in dem die völkisch begriffene Theologie mit einem rassistischen Germanenkult eine ideologische Allianz einging. „Hier entstand auch jene Brücke, welche die *Deutschen Christen* von 1933 nur zu bereitwillig betreten haben.“²⁴

Kennzeichen für die Wirkung auf die Politik ist noch eine andere, aber nicht weniger typische Ebene, nämlich die Kriegsziele mit ihren uferlosen Weltmachtphantasien.²⁵ In den Ministerien wurden endlose Planspiele entworfen, wie man Nachbarländer okkupieren könne. Man kann diese Realitätsferne kaum dem Überschwang nationalistischer Überhöhung zugute schreiben, dominierte später doch geradezu ein Wettbewerb um größtmögliche Arrondierung halber Kontinente, sogar noch nach den beklemmenden Erfahrungen der Erstarrung der Fronten. Gerade auch Denkschriften von Verbänden forderten Expansion und Annexion ganzer Landstriche. Beispielsweise legten am 20. Mai 1915 die zentralen Wirtschafts- und Bauernverbände ihr Programm vor.²⁶ Vollmundig sollte für die Industrie Belgien unter deutsche Kontrolle kommen, Frankreich von den Erzregionen bis zur Küste annektiert werden. Die Großagrarien vereinnahmten ihren Produktionsraum: die russischen Ostseeprovinzen von Polen, dem Baltikum und Oberschlesien hin zur Ukraine. Alles auf der Basis von Rassenpolitik, ethnischer Flurbereinigung und radikaler Germanisierungspolitik. Ähnlich war ein Groß-Mittelafrika abzurunden. Der Kolonialverein mit Millionen Mitgliedern stand da nicht allein. Dieses Projekt der Maßlosigkeit übertraf nur die *Intellektuellen-Eingabe* von 1.350 Akademikern mit dem Ziel der deutschen *Weltgeltung* und Wirtschaftsinteressen bis hin zum persischen Golf.²⁷ Solche Initiativen lagen auf der Linie der amt-

²³Zitiert in: Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. IV, Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914 - 1990, München 2003, S. 24 f.; zu Dibelius siehe Sibylle Biermann-Rau, *An Luthers Geburtstag brannten die Synagogen. Eine Anfrage*, Stuttgart 2012, S. 65 ff.

²⁴Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. III, Von der *Deutschen Doppelrevolution* bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849 - 1914, München 1995, S. 1176.

²⁵Beispielhaft Peter Winzen, *Reichskanzler Bernhard von Bülow. Mit Weltmachtphantasien in den Ersten Weltkrieg*, Regensburg 2013.

²⁶Petition in: *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart*, hrsg. von Herbert Michaelis, Ernst Schraepfer, Berlin 1958, Bd. I, S. 351 ff.; siehe Heinrich August Winkler, *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, Bonn 2000, S. 341 ff.

²⁷Präsentiert am 20. Juni 1915, dazu Günter Brakelmann, *Protestantische Kriegstheologie im Ersten Weltkrieg. Reinhold Seeberg als Theologe des deutschen Imperialismus*, Bielefeld 1974.

lichen Kriegsziele bis Kriegsende. Realitätsfremde, überbordende Fantasien mit einem enormen Horizontverlust und absoluter Maßlosigkeit benebelten – ein *Krieg der Illusionen*, wie Fritz Fischer die Machtpolitik des Militarismus kennzeichnete.²⁸

Diese nervöse, krisenhafte Welt betonte Bertha von Suttner schon anlässlich der Verleihung des Nobelpreises: „Kriegsgefahr, Mißtrauen, Drohungen, Säbelgerassel, Pressehetzen; fieberhaftes Flottenbauen und Rüsten überall; (...) mit einem Eifer, als wäre das demnächstige Losschlagen die sicherste und wichtigste Angelegenheit der Staaten.“²⁹ War sie zu pessimistisch? Sicher kaum, sie erkannte, was in der Luft lag. Extreme Aufrüstung und die Kriegsbereitschaft in allen Staaten Europas bedrohten den Frieden, wie August Bebel vor dem Reichstag ansprach. Er sagte voraus, Berlin würde demnächst den Krieg ausrufen und behaupten: „Wenn wir länger warten, dann sind wir die Schwächeren statt der Stärkere.“ Er folgerte: „Dann kommt die Katastrophe. Alsdann wird in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin sechzehn- bis achtzehn Millionen Männer (...), ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen, gegeneinander als Feinde ins Feld rücken.“³⁰

Krieg der Katastrophen

Die Julikrise des Jahres 1914 verschränkte mannigfache Bedrohungen und Befürchtungen auf dem Kontinent. Zur Tarnung blieb alles normal, Politik und Kaiserhaus fuhren in Urlaub. Nervosität lag in der Luft. Rüstungskapazitäten, Kanonen, Landser waren gezählt, Pläne geschmiedet. Die latenten Spannungen entsprachen der sommerlichen Hitze. Kaum fielen die Demonstrationen, von Sozialdemokratie und Arbeiterschaft getragen, für den Frieden auf. In Berlin und Wien spielte man hinter den Kulissen; hier saßen die politisch und militärisch Verantwortlichen.³¹ Sie suchten Eroberungen. Landgewinn, nicht die Verteidigung war ihr Ziel. In Etappen kam der Krieg. Er schien die Erlösung. Einige Verse können diese Stimmung im August 1914 anklingen lassen: „Das Große, was wir Deutsche wollen: Unsere Ehre wahren. Unsere Freiheit wahren, unser Selbst wahren. Und das ist aller Opfer

²⁸Fritz Fischer, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik 1911 - 14*, Düsseldorf 1969.

²⁹Am 18. April 1906, in: Bertha von Suttner, *Memoiren*, hrsg. von Lieselotte v. Reinken, Bremen 1965, S. 518.

³⁰August Bebel am 9. Nov. 1911, *Stenographische Berichte, Deutscher Reichstag*, Bd. 268, S. 7730 C.

³¹Das militärisch-diplomatische Aufheizen der Situation zeigt Manfred Rauchensteiner, *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburger Monarchie 1914 - 1918*, Wien 2013; ebenso Annika Mombauer, *Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg*, München 2013.

wert“, reimte ein Schüler. Dafür rief der Kaiser „zum Kriege seiner Deutschen eherne Schar/Weihte klirrend das alte Schwert am Altar.“ Und eifrig ging es weiter: „Das ist so schön über all’ Ermessen/Dass Mütter klaglos die Söhne sterben sehn/Dass alle ihre Sorgen still vergessen/Und um des Großen Sieges nun beten gehen.“³²

Anlass für die ultimative Zuspitzung der Julikrise war das Attentat serbischer Nationalisten vom 28. Juni 1914 in Sarajewo, dem der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand zum Opfer fiel. Mit einer Blankovollmacht drängte der Berliner Generalstab. Nach der späten erpresserischen Note aus Wien an Serbien am 23. Juli begann der Krieg am 28. Juli mit dem Beschuss von Belgrad durch die österreichisch-ungarische Armee. Daraufhin mobilisierte Moskau seine Truppen. Am 1. und 3. August erklärte Berlin Russland und Frankreich den Krieg. Die Regierung in London zeigte einen Tag später Solidarität mit Frankreich. In London sprach Außenminister Edward Grey die berühmten Worte: *Jetzt verlöschen die Lichter in ganz Europa*. Der Aufmarsch der Armeen begann. Bald sollten Rumänien, Bulgarien, Italien, das Osmanische Reich und die USA hinzukommen. Die *Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts*, wie George F. Kennan sie bezeichnete, nahm ihren Lauf. Das Schicksal des alten Europa stand auf dem Spiel.

Den Masterplan für einen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Russland hatte in Berlin seit 1892 der Generalstab, sein alter Chef Alfred von Schlieffen, akkurat, präzise und detailliert fixiert.³³ Seine Planung entsprach der Ratio technizistischen Kalküls moderner Kommunikation und Mobilität. Strategisch präventiv sollte mit einem rasanten deutschen Angriff die französische Armee vernichtet werden. Berühmt ist diese gewaltige Umfangsschlacht mit der Parole: *Macht mir den rechten Flügel stark*. Schlieffen organisierte modellartig den Eroberungskrieg. Der Sieg im Westen zielte auf ein *Zweites Cannae*, eine gigantische Vernichtung der Franzosen innerhalb von sechs Wochen. Mithilfe eines ausgeklügelten Fahrplansystems war der Transport der Truppen per Eisenbahn an die Ostfront vorgesehen, um dort Siege zu erringen. Die numerische und militärisch-technische Überlegenheit der Deutschen garantierte in Ost und West den Sieg in Kürze. Ein junger Gefreiter, ein Freiwilliger erinnerte sich: „Im Oktober und November hatten wir dort die Feuertaufe erhalten. Vaterlandsliebe im Herzen und Lieder auf den Lippen war unser junges Regiment in die Schlacht gegangen wie in den Tanz. Teuerstes Blut gab sich da freudig hin im Glauben, dem Vaterlande so seine Unabhängigkeit und

³²Bertold Brecht, zitiert bei Willi Winkler, Die alte Lüge vom süßen, ehrenvollen Tod, in: SZ, 28. März 2014.

³³Siehe Gerhard Ritter, Der Schlieffenplan, München 1956.

Freiheit zu bewahren.“ Der, der so schrieb, gab die Stimmung der Mehrheit wieder – es war Adolf Hitler.³⁴

Es war ein Hasardspiel der Fiktionen, das im Generalstab wie eine Weihefahne hoch gehalten wurde. Doch der Plan der *vorgefertigten Siegesrezepte* funktionierte schon bald nicht mehr, das Ende signalisierte die Marneschlacht im Sommer 1914. Vor Paris. Fazit: Kaum hatten die Armeen ihren Zug in den Weltkrieg begonnen, war alle Planung hinfällig. Berlin war militärisch und politisch gescheitert, eher völlig hilflos. Man hatte sich eine doppelte Fehlkalkulation erlaubt; nämlich die *militärische Fata Morgana* der Dominanz und die politische Annahme, England würde den Marsch durch das neutrale Belgien hinnehmen und selbst neutral bleiben – „eine unglaubliche politische Naivität“.³⁵ Der Primat des militärischen Denkens hatte in der Sackgasse geendet.

Es folgte das Wüten des langen, großen Krieges in Europa: der Stellungskrieg als Ratio der professionellen Ratlosigkeit des Militärs oder der Krieg als das zermürbende *Menschenschlachthaus*.³⁶ Der Schauplatz dieser Massaker lässt sich umschreiben.³⁷ Millionen von Soldaten lagen sich hinter Sandsäcken und Barrikaden in Schützengräben gegenüber, hinter Stacheldraht und unter Tarnnetzen, in Schlamm und Dreck. Nach dem Trommelfeuer von Haubitzen und Artillerie erfolgten Angriffe in gespenstigen Wellen, wie archaische Krieger, Auge in Auge, mit Bajonett und Kolben.³⁸ Das Entsetzen war kaum zu überbieten, als die Deutschen erstmals bei Ypern am 22. April 1915 einen Großangriff mit Giftgas starteten und 5.700 Gasbehälter einsetzten, ein Zeichen der schieren Verzweiflung der Heeresführung, konzeptionell ratlos, am Ende, wie blockiert, starr. Der Chlor-Kampfstoff – später auch Phosgen und Senfgas – führte in hoher Konzentration binnen weniger Minuten zum Ersticken, oder die Gaswolke trieb die Truppen nahezu blind aus den Schützengräben, und sie wurden das Opfer des Feuers aus Maschinengewehren der Deutschen. Tausende alliierter Soldaten fanden den Tod. Einen ersten Probeangriff hatten die Deutschen mit 18.000 verschossenen Granaten in der

³⁴Adolf Hitler, *Mein Kampf*, Bd. I, Eine Abrechnung, München, 4. Aufl., 1930, S. 219.

³⁵Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. III, S. 1118.

³⁶Siehe Wilhelm Lamszus, *Das Menschenschlachthaus*, Hamburg 1912 sowie Johann von Bloch, *Der Krieg. Der zukünftige Krieg in seiner technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung*, 6 Bände, Berlin 1899.

³⁷Die Zensur griff vom ersten Tag des Krieges ein hinsichtlich der Berichterstattung in Text und Bild. Originalfotos aus Archiven, die nicht veröffentlicht wurden, finden sich bei Anton Holzer, *Die andere Front. Fotografie und Propaganda im Ersten Weltkrieg*, Darmstadt 2007.

³⁸Schilderungen mit dem ihm eigenen Helden-Pathos gibt Ernst Jünger in seinen Tagebüchern; neu von ihm: *Feldpostbriefe an die Familie 1915 - 1918*, hrsg. von Heimo Schwilk, Stuttgart 2014.

Schlacht von Bolinow bei Warschau bereits am 18. Januar 1915 unternommen.

Gigantische Menschen- und Materialschlachten sollten den Sieg bringen. Mancherorts standen Tausende von Kanonen in Dreierreihen auf Kilometerbreite hintereinander; *Stablgewitter* nannte Ernst Jünger dieses mörderische Chaos an Zerstörung und Vernichtung aus der Ferne, um die Erde in Morast und Wüstenei umzupflügen. Diese Wüsteneien haben in berühmten Antikriegsromanen eine literarische Form gefunden, so bei Erich Maria Remarque, *Im Westen nichts Neues*; bei Ernest Hemingway, *In einem andern Land*; bei Arnold Zweig, *Junge Frau von 1914*; bei Jaroslav Hasek, *Der brave Soldat Schwejk* oder bei Henri Barbusse, *Das Feuer* und bei vielen anderen Autoren.

Versuche, die Starrheit der Fronten aufzulösen, schlugen fehl.³⁹ Verdun wurde zum Menetekel dieser Ermattungsstrategie, mit der General Erich von Falkenhayn Frankreich durch die *Blutmühle* drehen wollte. Wohl 600.000 Opfer waren innerhalb von fünf Monaten bis Juli 1916 im Kampf um die berühmtesten *Höhen* von Verdun, also Hügelkuppen, zu beklagen. Oder eine Schlacht an der Somme, als bei einem einwöchigen Trommelfeuer auf jeden Quadratmeter etwa eine Tonne Granaten niederprasselte, bei einem Geländegewinn von wenigen, kaum hundert Metern, aber an englischen, französischen und deutschen Soldaten bis November 1916 mehr als eine Million Opfer zu zählen waren. Verluste und Leiden lassen sich nicht durch solche Daten fixieren, Statistiken übertünchen die Realität der Schrecken. Der Autor der zitierten Reime vom Augusterlebnis 1914 fand zwei Jahre später und ernüchtert durch die Kriegsleiden andere Worte, als er schrieb: „Der Ausspruch, dass es süß und ehrenvoll sei, für das Vaterland zu sterben kann nur als Zweck-Propaganda gewertet werden. (...) Nur Hohlköpfe können die Eitelkeit so weit treiben, von einem leichten Sprung durch das dunkle Tor zu reden, und dies auch nur, solange sie sich weitab von der letzten Stunde glauben. Tritt der Knochenmann aber an sie selbst heran, dann nehmen sie den Schild auf den Rücken und entwetzen.“ Diese Kritik in einem Aufsatz galt selbstredend als unbotmäßig, bei einem Schüler kurz vor dem Abitur als Grund für eine Relegation, eine unehrenhafte Entlassung vom Gymnasium, die nur durch die Hilfe eines Paters vermieden wurde. Dieser Schüler war Bertold Brecht.⁴⁰

Dramatisch verhärteten sich die Verhältnisse im Inland, wo die *Heimatfront* aufgemacht wurde. Rationierung und Lebensmittelkarten konnten den Mangel an Grundnahrungsmitteln nicht beheben; und die Ersatznahrung, die

³⁹Siehe Olaf Jessen, *Verdun 1916. Urschlacht des Jahrhunderts*, München 2014.

⁴⁰Siehe Winkler, *Lüge*, S. 12.

Hungermonate, den Steckrübenwinter, nicht verhindern; Einschmelzen von Eheringen und Kirchenglocken zu Rohstoff retteten nicht die Produktion an Kriegswaffen und Ersatzstoffen. Sozialvereine stellten Kleidung her, besonders Uniformen. General Erich von Ludendorff entwickelte das Modell des totalen Krieges, dem alles Geschehen in Wirtschaft und Gesellschaft unterzuordnen war.⁴¹ Schließlich war es kein Zufall, dass die Oberste Heeresleitung die Regierungsgewalt an sich zog und de facto eine Militärdiktatur errichtete.

1914 – und die langen Folgen

Die führenden Herrschaftseliten des Deutschen Reichs hatten ihre Zuversicht, dieser Krieg sei in wenigen Wochen vorbei, ehe noch das Laub von den Bäumen fiele, wie der Kaiser den abrückenden Truppen nachrief, in kürzester Zeit aufgeben müssen. Nun war das Debakel eingetreten, das der Vater des Schlieffenplans, der greise Feldmarschall Helmuth von Moltke, in seiner letzten Rede im Reichstag 1890 angemahnt hatte: „Wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf zu treten.“ Er hatte den modernen Krieg des massenhaften Einsatzes in Paris 1871 vor Augen. Daher prophetisch: „Es kann ein Siebenjähriger, es kann ein Dreißigjähriger Krieg werden, und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß schleudert. Dieser Krieg wird nicht durch einzelne Schlachten entschieden, sondern er wird von den Völkern bis zum Weißbluten geführt werden.“ Der Krieg zeigte das elendige *Weißbluten* – einer Generation, unzählbarer Millionen Tote.

Politikgeschichtlich war 1914 revolutionär. So wie der deutsche Militarismus mit seinen Kriegszielen grenzenlos, ganz imperialen Fantasien einer Weltmacht verpflichtet war und seine „Grenzen jenseits des Horizonts“ der Realität fand, wie es Eric Hobsbawm bezeichnete,⁴² so wurden die materiellen Potenziale und menschlichen Ressourcen aller Nationen überstrapaziert.⁴³ Statt des Aufstiegs kam der Fall. Auch England, das die Deutschen aus Rivalität niederhalten wollte, musste alle Kapazitäten mobilisieren, um – dann nur mit Hilfe der USA – erst einmal bestehen zu können. Das eurozentrische Streben nach einer kontinentalen und kolonialen Vormachtstellung ruinierte Sieger und Besiegte, wie der finanzielle Bankrott Frankreichs, Englands und Deutschlands zeigte. Dieser Weltkrieg besiegelte den „Untergang des alten

⁴¹Siehe die spätere Publikation von Erich von Ludendorff, *Der totale Krieg*, München 1935.

⁴²Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995, S. 47.

⁴³Siehe Volker Berghahn, *Der Erste Weltkrieg*, München, 5. Aufl., 2014.

Europa“ – die „Urkatastrophe“ des Jahrhunderts.⁴⁴ Die USA traten als eigentlicher globaler Sieger hervor.

Dahin waren die machtpolitischen und nationalen Ambitionen des Deutschen Reiches und von Österreich-Ungarn. Das Zarenreich war ebenso zerbröselte wie das Osmanische Reich. Ihr Zusammenbruch brachte der internationalen Politik eine ungeheure Manövriermasse an Territorien. In Europa waren von der Baltischen See bis zum Mittelmeer alle Staaten betroffen. Grenzverschiebungen überall, Gebietsabtretung oder -gewinn nach Machtkalkül. Wichtig war die Machtreduzierung der ehemaligen Hauptmonarchien durch regionale Aufspaltung. Wenn nötig, galt das Argument sprachlich-ethnischer Zugehörigkeit, um Nationen zu bestimmen. Die Landkarte Europas wurde neu gezeichnet.

London und Paris gelang auch der Zugriff nach kolonialer Art in Nordafrika, bei der sich konstituierende Türkei, im Mittleren Osten, also in Palästina und auf der arabischen Halbinsel bis nach Afghanistan. Die Gebiete wurden alle am grünen Tisch arrondiert. In einem Geheimabkommen hatten sich schon 1916 Paris und London – Francois Georges-Picot und Mark Sykes – über die Einflusszonen geeinigt. In der Balfour-Erklärung des britischen Außenministers 1917 schimmerten Aspekte davon durch. Am Ende wurden Regime nach den Interessen der Mandatsmacht errichtet. Diese internationalen Entscheidungen realisierten eine auf Europa bezogene zweckorientierte Hegemonialordnung; sicherlich wurden manche alten regionale Konflikte kanalisiert, aber doch zumeist unterdrückt, mit Gewalt pazifiziert. Eine erzwungene Stabilität verdeckte die fortbestehenden traditionellen religiösen, ethnischen und sozialen Konflikte, deren Spannungen sich auf Dauer nur radikalisierten. Europäische Machtlogik suchte keine friedensstiftende Legitimität, aber organisierte die Instabilität der Grenzen und Völker der Zukunft.

Die Verrohung hielt Europa auch nach 1918 gefangen. Die Wunden auf dem europäischen Kontinent konnten nicht heilen, weil die Verträge zwar das Kriegsende markierten, aber dem Frieden keine hoffnungssichernde Zukunft eröffneten. Das Deutsche Reich erlebte nach 1918 einen politischen Zusammenbruch ungeahnten Ausmaßes. Das System föderaler Monarchien hatte auf sein Ende zugesteuert, als es schon seit langem seine politische Unfähigkeit manifestierte. Aber die Eliten hielten daran fest, sich abzuschotten und gemäß der alten Ideologie, die Parteien und die Demokratie, die verachteten

⁴⁴Adam Hochschild, *Der Große Krieg*. Der Untergang des alten Europa im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 2013.

Liberalen, die Linken, die Juden, die Sozialdemokratie auszugrenzen.⁴⁵ Die Spaltung bestand weiter, ganz unabhängig davon, wer in Weimar die Regierung bildete. Aufweichen der sozialen Abgrenzungen durfte nicht sein. Die Legende vom *Dolchstoß* in den Rücken rettete vorerst die adlig-bürgerliche Herrschaftselite in Wirtschaft, Militär und Kirche. Die Gemengelage eines verletzten Stolzes legte den schwankenden Grund für Nationalismus und Militarismus, nun erst recht Parteien, Republik und Demokratie zu diffamieren. Das Sehnen nach der heilen Welt von 1914 inkorporierte die Restauration in das System von Weimar.

Eine *Stunde Null* der Besinnung und der Entfaltung einer Friedensordnung gab es 1918 nicht. Deutschland kam „über die jüngste Vergangenheit mit sich nicht ins reine“; daher war die Wahl von Paul von Hindenburg, dem Generalfeldmarschall des Krieges, zum Weimarer Reichspräsidenten so ein Symbol des Fortbestehens der „alten, unbesiegt Herrlichkeit“.⁴⁶ Die *Ideen von 1914* wirkten verheerend fort, rechtfertigten plebiszitäre Gewalt und Bruch der Verfassung. Sie richteten 1933 die Kontinuitätslinie, verschrieben ihre Reputation einer nationalistischen Ermächtigung und flossen hinein in die reaktionäre braune Revolution der gleichgeschalteten Massen-Volksgemeinschaft.⁴⁷ Die Saat der alten rassistischen Ideologie ging mit ihrem völkischen Rassenwahn und ihrer grenzenlosen Annexionswut des Militarismus im großdeutschen Reich des Nationalsozialismus auf.⁴⁸ Die *Ideen von 1914*, fortwirkend und neues Unheil schaffend, waren ein großes Unglück für Mitteleuropa, bis sie 1945 in der Kapitulation ihre bestimmende Tradition verloren.

Erst wenn die Ideen von Recht und Freiheit, von der Würde des Einzelnen und der parlamentarischen Demokratie in Deutschland nach der Kapitulation 1945 ausreichend Gestaltungsraum finden, werden Militarismus, Rassismus und Nationalismus – jene verderblich Gemengelage aus Maßlosigkeit und Werteverlust – ihre verblüffend vorherrschende Macht verlieren. Dann erst hat eine Kultur des Friedens in einem gemeinsam zu schaffenden Europa Chancen.

⁴⁵Exemplarisch dazu Antonia Leugers (Hrsg.), *Zwischen Revolutionsschock und Schulddebatte. Münchner Katholizismus und Protestantismus im 20. Jahrhundert*, Saarbrücken 2013.

⁴⁶Golo Mann, *Deutsche Geschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts*, München 1960, S. 638 f.

⁴⁷Siehe Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges*, München 2014.

⁴⁸Siehe Domenico Losurdo, *Das 20. Jahrhundert begreifen*, Köln 2013.

Wilfried Schreiber

Bundeswehr und *neue deutsche Außenpolitik*

Das Jahr 2014 ist in besonderer Weise geeignet, über die Rolle des Militärs in der deutschen Außenpolitik nachzudenken. In diesem Jahr begehen wir den 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges, an dem der deutsche Militarismus die Hauptschuld trägt. Aus den Folgen dieses Krieges erwuchs 25 Jahre später ein noch gewaltigerer und opferreicherer Raub- und Eroberungskrieg mit 55 bis 60 Millionen Toten, den allein Deutschland zu verantworten hatte. Dieser Zweite Weltkrieg führte zur totalen Niederlage und Zerschlagung des deutschen Militarismus und brachte auch die Teilung Deutschlands mit sich. Es stellt sich die Frage, inwieweit Deutschland aus beiden Kriegen sowie aus der Nachkriegsgeschichte gelernt hat und welche Rolle Streitkräfte in der Außenpolitik von heute spielen.

Ein Blick in die Geschichte kann hilfreich sein, sich sowohl der Unterschiede als auch der Gemeinsamkeiten in der Rolle des militärischen Faktors Anfang des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts bewusst zu werden. Ohne das hier näher auszuführen, fällt zumindest als eine große Ähnlichkeit auf, dass wir heute wie vor 100 Jahren eine multipolare Welt mit zahlreichen Spannungsherden und einem hohen Eskalationspotenzial hatten bzw. haben. Damals eskalierte dieses Potenzial mit ungeheurer Brisanz und führte die Regierungen der beteiligten europäischen Mächte in ihrem damaligen Selbstverständnis quasi *alternativlos* in den Krieg. Des Weiteren gibt es heute noch ein analoges Verständnis über das Wesen von Außenpolitik als Interessenpolitik. Wenn diese Außenpolitik heute auch wertegeleitet sein soll, so handelt es sich doch um die Werte und Prinzipien des modernen transatlantischen Kapitalismus als Ganzes. Der vielbeschworene *Wertekanon* ist das ideelle Gesamtinteresse der Staaten des westlichen Kapitalismus, der weltweit durchgesetzt und stabilisiert werden soll. Außenpolitik ist immer Interessenpolitik der Herrschenden und bleibt dabei ein politisches Privileg der Regierungen – also ein Bereich, aus dem nach den Regeln der bürgerlichen Demokratie der Einfluss der Parlamente möglichst herauszuhalten ist. Das gilt für den Bundestag wie für das Europäische Parlament. Ihre Einwirkungsmöglichkeiten auf außenpolitische Fragen sind nur sehr begrenzt. Das gilt auch für den parlamentarischen Einfluss auf die Streitkräfte. Streitkräfte waren, sind und bleiben Instrumente der Außenpolitik der jeweiligen bürgerlichen Regierungen.

Was sich aber dabei inzwischen geändert hat, ist die reale Rolle der Streitkräfte in der Außenpolitik. Kern der Außenpolitik der europäischen Mächte vor dem Ersten Weltkrieg war das Ringen um militärische Vorherrschaft in Eu-

ropa, die Eroberung und Sicherung der Macht über fremdes Territorium. Es war die Zeit des Kolonialismus und des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt. Krieg und Streitkräfte waren für diese Außenpolitik auf der Basis eines chauvinistischen Militarismus nach innen und außen *Mittel der ersten Wahl*. Das hat sich grundlegend geändert. Ohne die Rolle des militärischen Faktors in der Außenpolitik zu bagatellisieren, wird gegenwärtig der Kampf um Vorherrschaft weniger durch die Stärke von Armeen als durch die Stärke der Wirtschaft entschieden. Die zentrale Frage der Macht besteht nach wie vor in der stabilen Sicherung von Rohstoffquellen, Transportwegen und Absatzmärkten. Im weltweiten Kampf der kapitalistischen Staaten um Einfluss, Macht und Hegemonie sind aber heute wirtschaftliche Stärke und technologische Überlegenheit die *Mittel der ersten Wahl*.

Es ist daher notwendig, einen Blick auf die Veränderungen zu werfen, die das bewirkt haben. Aus dem großen Komplex der dafür verantwortlichen historischen Prozesse seit Anfang des 20. Jahrhunderts sollen hier nur zwei Faktoren einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Das sind erstens die qualitativen Veränderungen in der Wirtschaft und zweitens die qualitativen Veränderungen im Militärwesen selbst.

Qualitative Veränderungen der Wirtschaft im Rahmen der Globalisierung

Beginnen wir also mit einem kleinen Exkurs zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus, der bis 1990 in der DDR zum Standardwissen jedes Studenten im Grundstudium gehörte. Dabei ist es keineswegs nur eine Erkenntnis der marxistischen Theorie, dass alle gesellschaftlichen Prozesse und Veränderungen ihren Ausgangspunkt in den ökonomischen Verhältnissen haben. *It's the economy, stupid!* – lautete der zentrale Wahlkampfslogan von Bill Clinton 1992, der ihn zur Präsidentschaft führte. Die Beherrschung der wirtschaftlichen Prozesse und die Verbesserung der Wirtschaftslage des Landes waren für ihn die zentrale Frage zur Stärkung der USA nach innen und außen.

Deshalb sei hier in aller Kürze – und auch etwas vereinfacht – auf die qualitativen Veränderungen im Prozess der kapitalistischen Reproduktion verwiesen, die Karl Marx in seinem *Kapital*, Band 2, analysierte, in dem er sich mit der Reproduktion von Kapital und Arbeit beschäftigte. Ausgehend von der einfachen und der erweiterten Reproduktion untersucht Marx ausführlich die erweiterte Reproduktion in ihrer Wechselwirkung von extensiv und intensiv erweiterter Reproduktion.

Der bestimmende Reproduktionstyp Anfang des 20. Jahrhunderts war noch die vorwiegend extensiv erweiterte Reproduktion. Die Erweiterung des Reproduktionsfelds erfolgte vor allem durch die Erschließung quantitativ neuer

Ressourcen an Kapital (c-Kapital) und Arbeit (v-Kapital). Hierzu gehörte besonders die territoriale Expansion der imperialen Staaten im Rahmen kolonialistischer Eroberung und Ausbeutung oder anderer Formen der Unterjochung von Fremdstaaten. Hierzu waren starke Armeen und ein militaristischer Geist unerlässliche Bedingung. Diese extensiven Quellen der Reproduktion sind heute weitgehend erschöpft und haben sich überlebt.

Das entscheidende Kriterium des heute die Weltwirtschaft bestimmenden Reproduktionstyps der vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion besteht in der Erweiterung des Produktionsfelds durch wirksamere Produktionsmittel und qualifiziertere Arbeitskräfte bei gleichzeitiger internationaler Arbeitsteilung. Wachstum der Produktion – und damit auch von Profit und Macht – hängen primär ab von der Einsparung an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit bei knapper und teurer werdenden Ressourcen. Die intensiv erweiterte Reproduktion beruht also auf qualitativem Wachstum, auf der Steigerung der Arbeitsproduktivität durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Das wiederum ist Anfang des 21. Jahrhunderts nur möglich im Rahmen einer grenzüberschreitenden, globalen Verflechtung des Kapitals und des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Die intensiv erweiterte Reproduktion verlangt zunehmend internationale Arbeitsteilung und zielt damit auf wechselseitige Abhängigkeit der Staaten.

Das Hauptinstrument zur Erweiterung des Reproduktionsfelds über die staatlichen Grenzen hinaus ist nicht mehr die Armee, sondern die Wirtschaft selbst im Rahmen ihrer zunehmenden Globalisierung. Die Sicherung von Profit und Macht über den Markt ist in der Regel effektiver als durch militärische Expansion. Der neue Machtfaktor ist ökonomische Stabilität und Überlegenheit durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Das macht Streitkräfte nicht automatisch bedeutungslos. Auch für die kapitalistischen Industrieländer bleiben starke Streitkräfte ein wichtiges Mittel zur Absicherung ihrer Interessen gegenüber realen und vermeintlichen Störern des bestehenden Systems der kapitalistischen Weltordnung.

Die zentrale Funktion des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Grundlage der ökonomischen Expansion und damit auch als Basis realer politischer Machtpositionen zeigt sich besonders am Beispiel der deutschen Exportüberlegenheit. Deutschland gehört zu den führenden Exportländern der Gegenwart. Im Jahre 2012 betrug der Handelsbilanzüberschuss 190 Milliarden Euro. Deutschland hatte Waren im Wert von insgesamt 1.096 Milliarden

Euro exportiert und im Wert von 906 Milliarden importiert.¹ Die Differenz von 190 Milliarden bedeutet zugleich eine reale Verschuldung all jener Länder, die mit Deutschland einen negativen Außenhandelsaldo haben. Das sind vor allem die Länder der Europäischen Union, mit denen Deutschland etwa zwei Drittel seines Außenhandels abwickelt. Das heißt, die Länder der Europäischen Union sind an Deutschland mit etwa 120 bis 125 Milliarden Euro verschuldet und damit in einem Abhängigkeitsverhältnis. Während eine enge wirtschaftliche Verflechtung der Länder der EU auf der Basis einer ausgeglichenen Handels- bzw. Leistungsbilanz eine stimulierende, stabilisierende und konfliktdämpfende Bedeutung für die allgemeine Wirtschaftsentwicklung hat, wirken derartige Ungleichgewichte für die verschuldeten Länder als Entwicklungsbremse und für das Gesamtsystem der EU als Destabilisator. Aus Wirtschaftsbeziehungen auf Augenhöhe werden Herrschaftsbeziehungen, die Deutschland eine Hegemonialstellung in Europa ermöglichen.

Im EU-Mechanismus ist daher die Regel festgeschrieben, wonach ein dauerhaft überhöhter Leistungsbilanzüberschuss von über 6 Prozent des BIP als stabilitätsgefährdend eingestuft wird. Deutschland liegt seit 2007 über diesem Wert. Deshalb hat die EU-Kommission 2013 gegen Deutschland ein Prüfverfahren eingeleitet, das durchaus in einem Strafverfahren mit einer Milliardenstrafe münden kann.² Bisher zeigt aber Deutschland wenig Bereitschaft, seinen Exportüberschuss, insbesondere durch eine Ankurbelung der Binnenkonjunktur, abzubauen.

Dieser Exportüberschuss – und die damit verbundene Machtposition – beruhen vor allem auf einem hohen technologischen Niveau über die gesamte Breite der deutschen Wirtschaft und keineswegs auf der Anwendung oder Androhung militärischer Gewalt. Zumindest spielt hier militärische Stärke nur eine untergeordnete Rolle. Deutschland gehört mit den USA, Japan, Frankreich und Großbritannien zu den fünf führenden Industrieländern,³ die in allen Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts⁴ breit aufgestellt sind. Länder wie China, Russland und Indien sind zwar aufstrebende Wirtschaftsmächte,

¹ Siehe <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/aussenhandel-deutsche-wirtschaft-rechnet-2014-mit-export-rekord-a-940912.html>. Siehe auch <http://de.wikipedia.org/wiki/Handelsbilanz%C3%BCberschuss>.

² Siehe <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-kommission-prueft-deutschlands-exportueberschuss-a-933370.html>.

³ Als Hochtechnologieländer gelten außerdem noch Kanada, Schweden, Italien, Holland und die Schweiz.

⁴ Als Zukunftstechnologien gelten Medizintechnik, angewandte Mathematik, Datenverarbeitung, Elektrotechnik und Elektronik, Kunststofftechnologien, Ernährungstechnologien, Thermodynamik, Materialforschung, Ökologie und Klimaschutz sowie die Geowissenschaften.

verfügen aber bei Weitem noch nicht über die technologische Breite wie Deutschland und die anderen kapitalistischen Industrieländer. Das hohe technologische Niveau garantiert Deutschland einen Konkurrenzvorteil, der sich auf das gesellschaftliche Gesamtsystem in Deutschland und Europa auswirkt. Es ist die wirtschaftliche, finanzielle und letztlich auch soziale Stabilität, die Deutschland eine Vormachtstellung in Europa verleihen.

Das führt nun zu der Frage nach dem realen Stellenwert des militärischen Faktors in der deutschen Außenpolitik der Gegenwart. Zunächst muss jedoch auf einige grundlegende Veränderungen im Militärwesen und seiner politischen Funktion aufmerksam gemacht werden, die sich seit dem Beginn des Ersten Weltkriegs – und insbesondere auch seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – vollzogen haben.

Klassischer Krieg ist kein praktikables Mittel der Politik mehr

Um es gleich auf den Punkt zu bringen: Der klassische Krieg, wie wir ihn noch aus dem 20. Jahrhundert kennen, ist – zumindest in den Beziehungen zwischen den führenden Industrieländern Europas – kein praktikables Mittel der Politik mehr. Die Anfälligkeit von Gesellschaft und Wirtschaft gegen destruktive Einwirkungen ist gewachsen. Diese Anfälligkeit ergibt sich einmal aus der mit der vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion und Globalisierung erwachsenden wechselseitigen Abhängigkeit aller Industrieländer. Zum anderen ergibt sich diese Anfälligkeit aus der Entwicklung des Militärwesens selbst, insbesondere durch die Entwicklung von alleszerstörenden Massenvernichtungsmitteln. Ein Krieg in Zentraleuropa ist nicht mehr führbar und auch nicht mehr gewinnbar – und zwar sowohl mit als auch ohne Kernwaffen. Diese Aussage war die sicherheitspolitische Grunderkenntnis in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in Ost und West.

Inzwischen hat sich die Anfälligkeit der modernen Industriegesellschaften gegen destruktive Einwirkungen mit der Globalisierung noch weiter vertieft. Kriege werden gerade für die *reichen* Länder zu teuer. Kriegskosten und Kriegsfolgekosten nehmen heute Dimensionen an, die das Verhältnis zu den Kriegsgewinnen der traditionellen Kriege des 19. Jahrhunderts weit übertreffen. Hier liegt auch der Ansatz für die *Friedensfähigkeit des Imperialismus*, die seit etwa Mitte der 1980er Jahre in der sicherheitspolitischen Diskussion und in der Außenpolitik der Staaten des Warschauer Vertrags eine große Rolle spielte. Die Krise in der und um die Ukraine mit der Sezession der Krim im Frühjahr 2014 belegt das sehr anschaulich. Weder die NATO noch die Europäische Union waren bereit, auf die völkerrechtlich zumindest fragwürdige An-

gliederung⁵ der Krim durch Russland mit militärischer Gewalt und ernsthaften wirtschaftlichen Sanktionen zu reagieren. Und auch das kapitalistische Russland war bestrebt, die Situation militärisch nicht eskalieren zu lassen.

Wie die militärischen Aktionen der NATO oder von *Koalitionen der Willigen* in den letzten 15 Jahren zeigen, ist die *Friedensfähigkeit des Kapitalismus* nicht identisch mit seiner prinzipiellen Friedfertigkeit und Völkerrechtstreue. Die NATO hat sich mit ihrer Philosophie der *Out-of-area-Einsätze* neue Aktionsräume geschaffen. Militärische Auseinandersetzungen haben sich damit an die Peripherie der europäischen Industrieländer verlagert und als neuartige Interventionskriege auch neue Merkmale angenommen.

Folgende markante Veränderungen sollen dabei hervorgehoben werden:

1. Bei diesen neuen Interventionskriegen, an denen die NATO oder einzelne Mitgliedsstaaten beteiligt waren, handelte es sich stets um asymmetrische Kriege. Auf der einen Seite kämpften Armeen, ausgerüstet mit der modernsten Militärtechnik aller Zeiten. Auf der anderen Seite kämpften Menschen, die vom westlichen Wohlstand ausgeschlossen sind und bereit sind, für ihre Überzeugung zu sterben. Die Praxis derartiger Kriege beweist, auch technologische Überlegenheit führt nicht zwangsläufig zu einem militärischen Sieg.
2. Die asymmetrischen Kriege der Gegenwart sind ihrer Erscheinungsform nach oft Bürger- oder Sezessionskriege mit einem hohen Anteil ziviler Opfer, in denen die Streitkräfte der NATO-Staaten bzw. der Europäischen Union Partei ergreifen. In diesen Kriegen vermischen sich die Aufgaben von Polizei und Streitkräften. Damit sind zahlreiche rechtliche Probleme für das Kriegsvölkerrecht und auch das deutsche Rechtssystem entstanden, die noch weitgehend ungelöst sind.
3. Es kämpfen nicht mehr nur Soldaten gegen Soldaten, sondern Soldaten gegen Aufständische, Insurgenten, Terroristen, Privatarmeen, bewaffnete Milizen usw. Das heißt, die klassischen Armeen müssen Aufgaben erfüllen, für die sie nur sehr bedingt geeignet und letztlich auch nicht vorbereitet sind. Das historisch gewachsene Streitkräftemodell, das heute noch die Struktur der europäischen Armeen bestimmt, hat sich weitgehend überholt.

⁵ Der bekannte Kölner Völkerrechtler Reinhard Merkel bezweifelt in einem Feuilleton-Beitrag in der FAZ vom 08.04.2014 die regierungsoffizielle Einschätzung, wonach die Angliederung der Krim an Russland ein Verstoß gegen das Völkerrecht sei. Siehe <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html>.

4. Gleichzeitig werden durch militärtechnologische Entwicklungen (Drohnen, Laser- und Hyperschallwaffen, Raketenabwehr u. a.) völlig neue Bedingungen und Möglichkeiten für militärische Auseinandersetzungen geschaffen. Insbesondere mit der Einbeziehung des Weltraums und des Internets verstärkt sich die Tendenz einer Entgrenzung des Krieges im wahrsten Sinne des Wortes.
5. Mit diesen Entwicklungen hat sich das klassische Kriegsbild verändert. Die Zeit der Massenheere und Panzerschlachten ist vorbei. Aus den Streitkräften der NATO zur Bündnis- und Landesverteidigung sind Armeen *im Einsatz* geworden. Die Landesverteidigung hat sich zu einer offensiven Interessenverteidigung des transatlantischen Kapitalismus gewandelt. Dementsprechend haben sich auch die Anforderungen an die Außen- bzw. Sicherheitspolitik sowie der Auftrag für die Streitkräfte verändert.

Bundeswehr als Instrument der deutschen Außenpolitik

Damit kommen wir zu der Frage, welche reale Rolle Streitkräfte heute in der deutschen Außenpolitik spielen. Auch hier sei mit einem kurzen historischen Rückblick auf die vergangenen 20 bis 25 Jahre begonnen. Bis zum Ende der Blockkonfrontation und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik verstanden sich beide deutsche Armeen als Verteidigungsarmeen im Rahmen ihrer Bündnisysteme. Beide Bündnisse – die NATO und die WVO – nahmen sich wechselseitig als außerordentlich bedrohlich wahr und wollten mit ihren Streitkräften die jeweils andere Seite vor allem abschrecken. Eine andere außenpolitische Funktion hatten die deutschen Streitkräfte damals nicht, wenn man von relativ geringfügigen Aktivitäten zur Unterstützung einiger Länder der Dritten Welt mit Material und Ausbildung absieht. Beide deutsche Staaten waren außenpolitisch von ihren Führungsmächten abhängig und handelten mit begrenzter Souveränität. Weder die Bundeswehr noch die NVA wurden als eigenständige Instrumente der Außenpolitik genutzt oder wahrgenommen.

Die relative Bedeutungslosigkeit von Streitkräften für die Außenpolitik des vereinten Deutschland dauerte etwa bis Ende der 1990er Jahre. Den Einschnitt bildeten die Umorientierung der NATO auf Out-of-area-Einsätze – also auf weltweite Aktionen – und die Beteiligung der deutschen Luftwaffe 1999 an der Bombardierung Belgrads. Das war der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr, der zudem ohne ein UN-Mandat erfolgte. Seit dem gibt es in Deutschland einen intensiven Diskussionsprozess über die Rolle der Bundeswehr. Zugleich vollzieht sich ein Prozess ihrer Neuausrichtung mit mehreren Reformansätzen unter verschiedenen Bundesministern der Verteidigung.

In diesem Zusammenhang belebte sich auch das Selbstverständnis der Bundeswehr als ein aktives Instrument der Außenpolitik. Alle sicherheitspolitischen Grundsatzdokumente seit Anfang des neuen Jahrtausends enthalten die Formel, dass die Bundeswehr die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands zu sichern habe. So in den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* vom 21. Mai 2003 und vom 27. Mai 2011; desgleichen im *Weißbuch der Bundeswehr 2006*.⁶ Bei der praktischen Umsetzung dieses Anspruchs zeigten sich jedoch in Deutschland zwei widersprüchliche Tendenzen: Einerseits positionierten sich starke politische Kräfte, die eine aktivere Rolle der Bundeswehr in der Welt im Zusammenwirken mit ihren Bündnispartnern anstreben, sowohl durch bloße Präsenz als auch durch realen Kampfeinsatz. Andererseits gibt es in Deutschland seit Beginn dieser Debatte eine stabile Ablehnung von Kampf-Einsätzen bei einer großen Bevölkerungsmehrheit.

Diese beiden Tendenzen widerspiegeln sich im gesamten Zeitraum, in dem die Debatte geführt wird, in einem widersprüchlichen Umgang der deutschen Außenpolitik mit dem *Instrument Bundeswehr*.

1. Zunächst gibt es eine ganz reale Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen. Der Präzedenzfall war die Beteiligung deutscher Tornados an der nichtmandatierten Bombardierung Belgrads 1999. Dabei kamen erstmals auch deutsche Drohnen vom Typ CL 289 zur Luftraumüberwachung und Aufklärung zum Einsatz. Der bedeutendste Kampfeinsatz der Bundeswehr erfolgte von 2003 bis 2014 in Afghanistan, der sich aus einem UN-mandatierten Stabilisierungsauftrag zu einem das Mandat überschreitenden Krieg entwickelte.
2. Gleichzeitig praktizierte die Bundesregierung aber auch eine Politik der militärischen Zurückhaltung, indem sie eine aktive Beteiligung an einigen Kriegseinsätzen verweigerte. So zum Beispiel beim Irakkrieg 2003 oder 2012 in Mali. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist auch die Stimmenthaltung Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bei der Abstimmung über die Resolution 1973 vom 17. März 2011 zur Errichtung einer Flugverbotszone über Libyen. Die Überdehnung dieser Resolution führte faktisch zu einer militärischen Intervention der NATO bzw. einer *Koalition von Willigen* im Bürgerkrieg in Libyen und zum gewaltsamen Sturz Gaddafis – an dem sich Deutschland nicht direkt beteiligte. Ähnlich zurückhaltend und deeskalierend verhielt sich Deutschland auch im Bürgerkrieg in Syrien seit März 2011.

⁶ Siehe Bundesminister der Verteidigung, *Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung*, Berlin, 21.05.2003, S. 15 und Bundesminister der Verteidigung, *Verteidigungspolitische Richtlinien*, Berlin, 27.05.2011, S. 5 sowie Bundesministerium der Verteidigung, *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*, S. 13.

3. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass sich die militärische Zurückhaltung ausschließlich auf die Beteiligung von deutschen Kampftruppen bezog. Insofern kann generell nur von einer *relativen Zurückhaltung* die Rede sein. Faktisch war und ist die Bundeswehr an allen militärischen Aktionen der NATO oder der EU beteiligt. Sie leistete und leistet logistische Hilfe für ihre Bündnispartner beim Irakkrieg, in Libyen und in Mali. Sie beteiligte sich und beteiligt sich bei der Ausbildung von Soldaten in Afghanistan, in Somalia und in Mali. Vor allem aber engagierte und engagiert sich Deutschland im Rahmen der an den Einsätzen mitwirkenden NATO-Stäbe, des multinational integrierten AWACS-Verbands der fliegenden Luftraumüberwachung und -aufklärung⁷ sowie der Einbeziehung deutscher Geheimdienste.

Die *neue* deutsche Außenpolitik der großen Koalition von 2013

Die *neue* Außenpolitik der großen Koalition von CDU/CSU und SPD von 2013 knüpft direkt an diese Politik an und setzt diese auch fort. Bereits das Zustandekommen der Koalitionsvereinbarung signalisierte eine weitgehende Kontinuität zur Vorgängerregierung von CDU/CSU und FDP. Der außen- und sicherheitspolitische Teil der Vereinbarung war als erster Bestandteil des Koalitionsvertrages fertiggestellt, da es auf diesem Gebiet offensichtlich die geringsten Differenzen zwischen den Koalitionspartnern gab.

Ausgangspunkt dieses Teils der Koalitionsvereinbarung war eine gemeinsame Studie der *Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)* und des *German Marshall Fund (GMF)* zum Thema *Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch*.⁸ Mit der Einbeziehung des *German Marshall Fund* in diese Empfehlungen für ein neues außenpolitisches Strategiekonzept dürfte klar sein, dass hier auch US-amerikanische Vorstellungen für eine künftige deutsche Außenpolitik eingeflossen sind. Die Studie erschien gut terminiert kurz nach den Bundestagswahlen vom 28. September 2013 und diente zweifelsfrei als Orientierungsrahmen für die Koalitionsvereinbarungen. Die Studie geht in ihrem analytischen Teil von einer gesteigerten Machtposition Deutschlands in der Welt aus, die vor allem ökonomisch be-

⁷ Beim Einsatz der NATO-AWACS-Flotte über Libyen zog Deutschland zwar seine Soldaten ab, stellte dafür aber 300 Soldaten für die französischen AWACS-Flieger in Afghanistan ab. Siehe <https://www.radio-utopie.de/2011/03/23/libyen-krieg-regierung-zieht-deutsche-soldaten-awacs-operationen-und-seeblockade-der-nato-ab/>.

⁸ Siehe *Neue Macht - Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch*. Ein Papier der *Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)* und des *German Marshall Fund of the United States (GMF)* Berlin, Oktober 2013, 48 Seiten.

gründet ist und mit einem großen „Zuwachs an Aufgaben und Verantwortung“ verbunden sei,⁹ was insbesondere als Anspruch an deutsche Außenpolitik zu mehr Gestaltung und Führung formuliert wird.

Dieser Anspruch wird im außenpolitischen Teil des Koalitionsvertrags konsequent als Regierungsprogramm umgesetzt. Dementsprechend harsch ist auch die Kritik aus der Friedensbewegung, die das als Hegemonialstreben Deutschlands interpretiert und vor allem Befürchtungen im Sinne einer Verschiebung des Schwerpunkts deutscher Außen- und Sicherheitspolitik nach rechts artikuliert. Dafür gibt es zweifellos genügend Anhaltspunkte.

Die Hauptkritik aus der Friedensbewegung richtet sich dabei besonders gegen alle Aussagen zu einer aktiveren Einbeziehung der Bundeswehr im Rahmen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. So wird insbesondere bemängelt, dass die von der vergangenen Bundesregierung deklarierte und praktizierte *Kultur militärischer Zurückhaltung* im neuen Regierungsprogramm nicht mehr erwähnt wird. Das macht zumindest misstrauisch, wie auch die ständige Betonung der Einheit von zivilen und militärischen Handlungsfähigkeiten, die gestärkt werden müssen. In diese Richtung geht auch das ausdrückliche Bekenntnis zur NATO, die als „das zentrale Fundament unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ weiter ausgebaut werden müsse.¹⁰ Demgegenüber wird den Vereinten Nationen nur *eine* Schlüsselrolle für die Sicherung des Friedens und die Bewältigung der neuen globalen Herausforderungen zugebilligt – und keineswegs die Hauptverantwortung.

Bei aller Betonung der Priorität ziviler Konfliktlösungen werden militärische Optionen stets offen gehalten. Insofern enthält der Koalitionsvertrag auch ein klares Bekenntnis zur Fortsetzung der Neuausrichtung der Bundeswehr, wobei diesem Thema in den deutschen Medien bemerkenswert viel Platz eingeräumt wurde. Ein deutsches und europäisches Engagement zur Entwicklung von militärischen Drohnen wird als unverzichtbar betrachtet.¹¹ Die Beschaffung von Kampfdrohnen soll lediglich einer Prüfung unterzogen werden. Besorgniserregend ist auch das Bekenntnis zu einem NATO-Raketenschild und das Festhalten an der nuklearen Teilhabe an der Kernwaffendoktrin der NATO, die nach wie vor einen Ersteinsatz von Kernwaffen nicht ausschließt. Nukleare Abrüstung der noch in Deutschland verbliebenen taktischen Systeme wird nur unter dem Vorbehalt einer Einigung der USA mit Russland unterstützt. Das heißt, der Kernwaffenstandort Büchel in der Eifel bleibt erhal-

⁹ Ebenda, S. 5.

¹⁰ Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, S. 171.

¹¹ Siehe ebenda, S. 178.

ten; die dort lagernden Bomben werden modernisiert, die Ausbildung des deutschen Tornadopersonals läuft weiter.

Natürlich enthält der Koalitionsvertrag auch viele verbale Friedensbekundungen und betont die Priorität ziviler Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung. Dennoch kann man all Jenen durchaus recht geben, die diesen Vertrag als Ansatzpunkt einer stärker militärisch orientierten Außenpolitik betrachten. Die zum großen Teil recht vage gehaltenen Formulierungen geben einer kritischen Interpretation recht, zumal permanent die gewachsene Verantwortung Deutschlands in Europa und der Welt betont wird – und auch der Wille Deutschland, sich dieser Verantwortung mit seinen zivilen und militärischen Fähigkeiten zu stellen. Ob eine eher auf den militärische Faktor setzende Außenpolitik aber auch durchsetzungsfähig ist und Realität wird, ist eine andere Frage.

Zur Ambivalenz des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD

Das hängt von einer Reihe Faktoren ab, die sowohl innen- als auch außenpolitischer Natur sind und eine bremsende Wirkung auf die militärische Interventionsfreudigkeit mancher Politiker und Journalisten haben mögen:

1. Da ist zunächst die ausgeprägte Antikriegsstimmung in der deutschen Bevölkerung, die zunehmend auch von vielen Bürgern anderer europäischer Länder geteilt wird. Seit Jahren sprechen sich stabil zwischen 60 und 70 Prozent aller Befragten in Deutschland gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr aus. Eine aktuelle Umfrage von Infratest Dimap Anfang Januar dieses Jahres stellte sogar fest: „Nur gut jeder Fünfte (22 Prozent) plädiert für ein verstärktes militärisches Eingreifen zusammen mit anderen Partnern; 75 Prozent wenden sich dagegen.“¹² In dieser Dimension und einer verallgemeinerten Formulierung ist das eine neue Qualität der Ablehnung einer militärisch orientierten Außenpolitik.
2. Über die Frage eines verstärkten militärischen Engagements der Bundesrepublik gibt es in den politischen Eliten der Gesellschaft erhebliche Differenzen. Auch die bürgerlichen Parteien sind sich in dieser Frage keineswegs einig, selbst wenn sich das in den Medien relativ wenig widerspiegelt und dort eher militante Kräfte den Ton angeben.
3. Viel dürfte von der Entwicklung der politischen Großwetterlage in Europa und der Welt abhängen. Anfang des Jahres 2014 schien es so, als ob mit

¹²Unter der Schlagzeile *Deutsche wollen mehr Auslandseinsätze* informierte die Zeitung genau über das Gegenteil. Siehe DIE WELT vom 07.02.2014, S. 1.

einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Russland und einer Entspannung der Situation im Nahen und Mittleren Osten größere Kriegseinsätze in der nächsten Zeit eher unwahrscheinlich sein werden. Nicht zuletzt sind mit den erfolgssamen militärischen Interventionen der letzten Jahre auch Länder wie die USA und Großbritannien an ihre finanziellen und politisch-moralischen Grenzen gestoßen. Die im Frühjahr 2014 einsetzende Krise in der und um die Ukraine belebte jedoch militärische Drohpolitik sowohl in Russland als auch in der NATO.

Das ist der äußere Rahmen, in dem sich die reale deutsche Außenpolitik der Großen Koalition erst noch bewähren muss. Der Koalitionsvertrag als Regierungsprogramm ist ambivalent und hat Interpretationsspielraum in alle Richtungen. Insofern scheint es durchaus angemessen zu sein, diesen Vertrag auch nach Ansatzpunkten für eine alternative – oder zumindest weniger militante – Außenpolitik zu untersuchen und dabei auch die Ausgangspositionen der beiden Koalitionspartner im Auge zu haben. Der Koalitionsvertrag ist schließlich ein Kompromiss aus zum Teil durchaus unterschiedlichen Standpunkten von CDU/CSU und SPD. Es wird also bei der Regierungspolitik ein Ringen um die Auslegung bzw. Akzentuierung dieses Vertrages geben.

Am Anfang des außenpolitischen Teils der Vereinbarung gibt es zum Beispiel auf Drängen der SPD eine programmatische Erklärung, in der sich die Koalition verpflichtet, für eine gerechte Weltordnung und die Geltung des Völkerrechts einzutreten sowie eine friedliche Konfliktregulierung in den Vordergrund zu stellen.¹³ Das Bekenntnis zum Ausbau der zivilen Krisenprävention gibt es übrigens an mehreren Stellen der Koalitionsvereinbarung. Gemessen an den Erfahrungen bisheriger Regierungspolitik mag man das für bloße Rhetorik halten. Das ändert aber nichts daran, dass dieser Grundsatz richtig ist und der Stimmung großer Teile der Bevölkerung entspricht. Bei den Aussagen zum Umgang mit Rüstungsexporten kam von der SPD der Passus für das verbindliche Bekenntnis zu den *strengen Grundsätzen des Jahres 2000* sowie die Zusicherung einer größeren Transparenz für Parlament und Öffentlichkeit.¹⁴ Auch das mag zwar für viele Kritiker nicht ausreichend sein, dürfte aber der parlamentarischen Debatte einen wichtigen Impuls geben. Ebenso erscheint die Absichtserklärung zur längst fälligen Implementierung des VN-Kleinwaffenabkommens als parlamentarisch einklagbar. Wenn auch der Koalitionsvertrag bei der Entwicklung und Einführung von Militärdrohnen insgesamt recht

¹³Siehe Koalitionsvertrag, a. a. O., S. 168.

¹⁴Siehe ebenda, S. 16; siehe auch SPD Bundestagsfraktion, Kurzinformation zum Koalitionsvertrag in den Bereichen Außen, Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte, November 2013, S. 2.

zwiespältig ist, ist doch die Ächtung von vollautomatisierten Drohnen sowie die beabsichtigte Einbeziehung der Drohnentechnologie in das internationale Abrüstungs- und Kontrollregime¹⁵ durchaus zu unterstützen. Ebenso verhält es sich mit dem Bekenntnis zur Parlamentsarmee und zum Parlamentsvorbehalt.¹⁶

Diese Beispiele mögen genügen, um darauf zu verweisen, dass sich die politische Auseinandersetzung um die Interpretation des Koalitionsvertrags lohnt. Auch für die Opposition, und zwar sowohl im Bundestag als auch im außerparlamentarischen Bereich. Es gibt genügend Ansatzpunkte, um die Regierung beim Wort zu nehmen und eine militantere Außenpolitik zu bremsen.

Innovative Formen eines nichtmilitärischen Interventionismus

In den Tagen nach der Münchener Sicherheitskonferenz Ende Januar/Anfang Februar 2014 gab es viel mediale Erregung über eine *neue* deutsche Außen und Sicherheitspolitik, die angeblich mit den Reden von Außenminister Steinmeier, Verteidigungsministerin von der Leyen und Bundespräsident Gauck auf dieser Konferenz verkündet worden sei und auf eine stärkere Akzentuierung des militärischen Faktors in der Außenpolitik hinauslaufe. Die medialen Wortführer waren meist bekannte Bellizisten, die einen weiteren Rechtsruck in der Regierungspolitik und einen Schwenk zu mehr Interventionseinsätzen der Bundeswehr herbeizujubeln versuchten. Aber auch die kritischen Stimmen konzentrierten sich lediglich auf eine solche Interpretation, wonach mit den drei Reden die bisherige Politik der militärischen Zurückhaltung endgültig aufgekündigt worden sei.

Das mag man so sehen, aber der Wortlaut der Reden gibt das nicht her. Alle drei Reden bewegten sich strikt im Rahmen der Koalitionsvereinbarung. Wenn schon Kurswechsel, dann wurde der mit der Koalitionsvereinbarung selbst eingeleitet und bezieht sich darauf, dass die Bundesregierung insgesamt außenpolitisch aktiver und deutlicher positioniert auftreten will. Die Diskussion in der Öffentlichkeit – sowohl im rechten wie im linken Spektrum – beschränkte sich aber zunächst ausschließlich auf die militärische Seite der *neuen* deutschen Außenpolitik.

Dabei scheint ganz entgangen zu sein, dass sich die deutsche Außenpolitik mit der Großen Koalition in einem weit komplexeren Sinne neu justiert hat. Deutschland will außenpolitisch insgesamt aktiver werden und dabei eine

¹⁵Siehe Koalitionsvertrag, a. a. O., S. 178.

¹⁶Siehe ebenda, S. 177.

Führungsrolle in Europa übernehmen. Rolf Mützenich, außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, spricht unter Berufung auf seinen Außenminister in einer Kolumne des *ipg-journal* der *Friedrich-Ebert-Stiftung* vom 10. Februar 2014 von einer „europäischen Kultur der Verantwortung“ in der Außenpolitik, bei der Deutschland ein „Impulsgeber“ sein soll. Insbesondere verweist er auf ein größeres Engagement „bei der Unterstützung proeuropäischer Kräfte in Osteuropa, bei der Begleitung gesellschaftlicher Umbrüche in der arabisch-muslimischen Welt und bei der Gestaltung der transatlantischen Beziehungen. ... Mehr Verantwortung zu übernehmen, bedeutet eben nicht zwangsläufig mehr Truppen in die Welt zu senden. Es gibt viele Wege, Einfluss zu nehmen“.¹⁷

Lars Brozus von der *Stiftung Wissenschaft und Politik*, einer der maßgeblichen Autoren der bereits benannten Studie, assistiert Mützenich am 17. Februar 2014 in einem *SWP-Kurzpapier*, dass „die Debatte über deutsches Engagement nicht aufs Militärische beschränkt bleiben“ darf. „Stattdessen geht es um die Unterstützung gewaltloser Demokratiebewegungen, die sich die dauerhafte Transformation staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen zum Ziel gesetzt haben. Dafür brauchen sie Geld, Schutz und Parteinahme auf höchster Ebene“.¹⁸ Klarer kann man die Aufforderung zu einer interventionistischen Außenpolitik – vor allem gegenüber den Russland nahestehenden Ländern – nicht formulieren. Die USA haben in der Ukraine eine solche Politik seit über 10 Jahren mehr oder weniger offen praktiziert und dafür nach eigenen Angaben rund 5 Milliarden (!) Dollar eingesetzt. Dabei hat sich gezeigt, wie schmal die Grenze zwischen gewaltfreier und militanter *Demokratiebewegung* ist. Wobei hier kein Zweifel daran gelassen werden soll, dass die Ursachen für die Krise in der und um die Ukraine in erster Linie in den inneren Widersprüchen der Ukraine selbst zu suchen sind.

Außenpolitische Opposition – sowohl innerhalb als auch außerhalb des Bundestages – sollte sich also nicht auf die Ablehnung von Militäreinsätzen der Bundeswehr reduzieren, so fragwürdig diese Militäreinsätze auch sein mögen. Die von Brozus favorisierten „innovativen Formen außenpolitischen Engagements“¹⁹ sind nicht minder fragwürdig und destabilisierend als die meisten Militäreinsätze. Sie sind oft sogar subtiler, weniger deutlich erkennbar und politisch noch brisanter. Das deutsche Verhalten bei der Vorbereitung des Um-

¹⁷R. Mützenich, Gemeinsame Erklärungen reichen nicht aus!, in: <http://www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/gemeinsame-erklarungen-reichen-nicht-aus-255/>.

¹⁸L. Brozus, Innovation statt Intervention, in: <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/innovation-statt-intervention-die-aussenpolitische-debatte-muss-sich-vom-militaerischen-loesen.html>.

¹⁹Ebenda.

sturzes in der Ukraine Anfang 2014 ist ein beredtes Zeugnis dafür. Das diplomatische Engagement Steinmeiers und Merkels zur Schadensbegrenzung und Eindämmung des Konflikts ist inhärenter Bestandteil dieser Politik. Aktive Förderung eines Regime-Change in den Ländern der östlichen Partnerschaft – wie zum Beispiel in der Ukraine – und aktives Konfliktmanagement zur Vermeidung einer militärischen Eskalation sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Die *neue* deutsche Außenpolitik ist in sich widersprüchlich. Einerseits will sie zweifellos innerhalb Europas einen militärischen Konflikt vermeiden. Andererseits hat sie durch die Unterstützung der von den USA und der EU betriebenen Politik eines Regime-Change an der sensiblen Nahtstelle zwischen der NATO und Russland objektiv eine destabilisierende Wirkung auf das geostrategische Kräfteverhältnis und die bestehende Friedensordnung in Europa.

Voller Kurs auf Neuausrichtung der Bundeswehr

Dennoch sollte es keine Zweifel und keine Illusionen über den weiteren Ausbau der Bundeswehr als „hochwirksames Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“²⁰ geben, wie es General Kujat als Generalinspekteur der Bundeswehr bereits im Jahre 2000 gefordert hat. Die große Koalition hat sich in ihrem Regierungsprogramm ausdrücklich dazu bekannt.²¹ Dabei geht es um die nahtlose Fortsetzung der schon durch Verteidigungsminister von Guttenberg eingeleiteten Neuausrichtung zur Schaffung einer kampffähigen Einsatzarmee. Wobei unter *Einsatz* nicht die Fähigkeit zur Führung einer klassischen Feldschlacht gemeint ist, sondern die Fähigkeit zur Führung begrenzter Militäraktionen innerhalb eines internationalen Bündnisses, also der NATO, der EU oder beliebiger *Koalitionen von Willigen*. Hierzu gehört insbesondere die Fähigkeit zur Sicherung der transkontinentalen Handelswege. Diese Aufgabe wird seit Langem in allen *Weißbüchern* und *Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR)* als nationales Interesse der Bundesrepublik Deutschland deklariert. Während aber in der Vergangenheit diese Akzentuierung eher verschämt kommuniziert wurde, steht sie nunmehr ganz offen im Vordergrund. Deutschland versteht sich als internationale Handelsnation und will seinen Status – und damit seine politische und ökonomische Rolle in der Welt – auch militärisch absichern. Mit dem gegenwärtigen Zustand der Bundeswehr sind diese Fähigkeiten noch nicht voll gewährleistet. Deshalb steht für die nächsten Jahre die Schaffung der entsprechenden politischen, operativen, militärtechnischen, strukturellen, juristischen und personellen Voraussetzun-

²⁰Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.11.2000.

²¹Siehe Koalitionsvertrag, a. a. O., S. 176-178.

gen im Vordergrund. Reale Kampfeinsätze dürften dabei zunächst kaum eine Rolle spielen, eher schon Ausbildungs- und Unterstützungsaktionen.

Deutschland will bei zukünftigen Einsätzen der Bundeswehr auch Führungsverantwortung übernehmen. Dieser Anspruch ist jedoch – im Unterschied zu Wirtschaft und Politik – nicht direkt als Hegemonialanspruch zu verstehen. Dazu ist die Konkurrenz von Frankreich und Großbritannien zu hoch und die historische Erinnerung an die zwei Weltkriege ist zu nahe. Außerdem sind Frankreich und Großbritannien Kernwaffenmächte und haben damit ohnehin einen Sonderstatus, der von Deutschland nicht mehr in Frage gestellt werden kann. Aber Deutschland möchte eine Position in Augenhöhe mit Frankreich und Großbritannien einnehmen. Der ehemalige Verteidigungsminister de Maizière hat deshalb auf der NATO-Herbsttagung 2013 den Begriff der *Rahmen-nation* geprägt. Damit ist ein Status gemeint, wonach sich die größeren NATO-Länder künftig als Handlungsrahmen für die kleineren Länder anbieten, „die diesen Rahmen dann mit ihren militärischen Teilleistungen ausfüllen könnten“.²² Solche Konstellationen kommen insbesondere für begrenzte Militäraktionen oder Spezialaufgaben in Frage, bei denen sich *Koalitionen von Willigen* zusammenfinden. Die Fähigkeiten, eine solche Rolle zu übernehmen, setzt aber eine möglichst breite Aufstellung der Bundeswehr mit strategischen und integrativen Handlungsmöglichkeiten für alle Teilstreitkräfte voraus.

Deshalb soll die Bundeswehr – analog zur Entwicklung der deutschen Wirtschaft – auch eine Bundeswehr auf höchstem technologischem Niveau sein. Und zwar in allen Teilstreitkräften und Sicherstellungskräften. Mittels technologischer Überlegenheit über beliebige potenzielle Gegner soll zumindest ein asymmetrischer Krieg wieder führbar sein können. Und ein sowohl qualitativer als auch quantitativer Vorsprung gegenüber den eigenen Partnern ist dabei durchaus eine Voraussetzung zur Wahrnehmung von Führungsverantwortung. Beide Motive bestimmen die Anstrengungen Deutschlands zur Neuausrichtung der Bundeswehr als Armee im Einsatz. Dementsprechend werden die Schwerpunkte für Struktur und Ausrüstung der Teilstreitkräfte gesetzt, wobei ein enger werdender Finanzrahmen den Spielraum begrenzt.

Das **Heer** (Personal 62.000 Mann) hat seine traditionelle Vorrangrolle verloren und muss die umfangreichsten Kürzungen in Kauf nehmen. In Zukunft steht die Erhöhung der Mobilität mit leichteren gepanzerten Gefechtsfahrzeugen im Vordergrund, die insbesondere in einem urbanen Umfeld einsatzfähig sein sollen. Dazu werden ca. 1.500 Fahrzeuge vom Typ Boxer, Fuchs, Fennek und Puma neu angeschafft. Demgegenüber wird die Anzahl der Kampfpanzer vom Typ Leopard von 350 auf 225 reduziert. Die Luftkampf-

²²Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.01.2014, S. 3.

fähigkeit des Heeres wird durch den Kampfhubschrauber Tiger (Indienststellung seit 2003) und den Transporthubschrauber NHS (Indienststellung seit 2006) gewährleistet.²³

Die **Luftwaffe** (Personal 31.000 Mann) konzentriert sich bei tendenzieller Verringerung ihres Bestandes in ihrer Ausrüstung auf die Anschaffung weiterer Kampfhubschrauber sowie auf die Stärkung der Aufklärungs- und Transportkapazitäten. Der Lufttransport wird zunächst noch durch drei Lufttransportgeschwader mit 60 Transall, 82 Transporthubschraubern NH90 und einem Hubschraubergeschwader CH-53 gewährleistet. In Zukunft soll den strategischen Lufttransport vor allem der Militärairbus A400M übernehmen. Statt – wie ursprünglich geplant – 60 A400M, werden nur noch 40 beschafft. Das Standard-Kampfflugzeug wird der Eurofighter, von dem insgesamt nur noch 140 statt 177 in die Truppe gehen sollen. Die Tornadoflotte wird von derzeit 185 auf 85 Waffensysteme reduziert, bleibt dabei aber als Nuklearträger erhalten. Für die Aufklärung werden zunehmend unbemannte Drohnen in Dienst gestellt werden. Hierbei ist zu beachten, dass die strategische Aufklärung insbesondere durch das multinationale AWACS- Kommando der NATO in Geilenkirchen sichergestellt wird, an dem die deutsche Luftwaffe den Hauptanteil trägt.²⁴

Die relativ geringsten Kürzungen entfallen auf die **Marine** (Personal 16.000 Mann), deren zentrale Rolle die Sicherung des Seetransports sein soll. Fast 95 Prozent des Außenhandels der EU und nahezu 70 Prozent des deutschen Im- und Exportes werden über den Seeweg abgewickelt. Das potenzielle Operationsfeld dürfte vorwiegend im Nordatlantik und im Nordmeer sowie im Mittelmeer und vor der westafrikanischen Küste liegen. Die entsprechend handlungsfähige Technik besteht aus 11 Fregatten der Klassen F123, F124 und F125, fünf Korvetten sowie 6 U-Booten U-212. Die acht Fregatten F122 werden außer Dienst gestellt. Dazu kommen noch die entsprechenden Versorgungsschiffe und acht Seeaufklärungsflugzeuge P-3C Orion.²⁵

Ob mit diesen Systemen der drei Teilstreitkräfte die angestrebten Aufgaben der Zukunft optimal lösbar sind, sei dahingestellt. In der Regel stammt die Konzeption für diese Bewaffnung noch aus der Zeit des Kalten Krieges und

²³Siehe B. Berg, Die künftigen Hauptwaffensysteme, Stand vom 10.01.14, Internetportal Bundeswehr, in:
http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/DckxDoAwCADAt_gB2N38hbpRRULaUFOo_b7NjYcnTkafCoVWo4I7HpeuaUAaN4NHY43ciJ9gMO7CHISim4C06i48L_DN2_IDm2EuEw!/.

²⁴Ebenda.

²⁵Ebenda.

wurde mehrfach angepasst. Insgesamt wurde mit der Neuausrichtung der Bundeswehr vor allem die Rolle der Marine aufgewertet. Das Verhältnis der Personalstärken zwischen Heer, Luftwaffe und Marine wandelte sich von 6:3:1 auf 4:2:1.

Eine Schlüsselaufgabe für die Einsatzfähigkeit aller Teilstreitkräfte ist die Modernisierung der Führungsorgane im Sinne weitgehender Automatisierung der Gefechtsführung auf der Basis der Echtzeitaufklärung und Echtzeitverarbeitung von Informationen. Dabei sollen Gefechtshandlungen mit möglichst geringem Personalrisiko durchgeführt werden. Insofern gilt das Prinzip des unbemannten Gefechtsfahrzeugs nicht nur für die Luftwaffe, sondern längerfristig auch für Heer und Marine. Das heißt, die Frage der unbemannten Aufklärungs- und Kampfdrohnen stellt sich auch für Fahrzeuge zu Lande und zu Wasser.

Ein völlig neues Feld der Kampfführung für die Bundeswehr ist die digitale Information und Kommunikation. Hier einen technologischen Vorsprung zu sichern bzw. alle technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, dürfte eine Schlüsselfrage zur Führung der neuen asymmetrischen Kriege sein. Das Internet als Schlachtfeld der Zukunft könnte unter Umständen sogar ganz ohne Truppeneinsatz funktionieren. Auf jeden Fall wird die Entwicklung von Fähigkeiten zur Führung und Abwehr eines Cyberwars immer mehr zur praktischen Frage für die Bundeswehr. Trotz teilweise beträchtlicher Reduzierungen an Personal und Technik, bleibt die Bundeswehr auch weiterhin eine der größten NATO-Armeen, scheint aber für den verfassungsmäßigen Verteidigungsauftrag noch immer überproportioniert zu sein.

Fragwürdige Rüstungsexportpolitik

Wenn der militärische Faktor in der deutschen Außenpolitik betrachtet wird, sollte auch die Rolle des Rüstungsexports nicht unbeachtet bleiben, obwohl die Verantwortung hierfür beim Wirtschaftsministerium angesiedelt ist. Deutschland gehört zu den führenden Rüstungsexporturen in der Welt. Zurzeit steht Deutschland hinter den USA und Russland weltweit an dritter Stelle. In den letzten 10 Jahren steigerte Deutschland seinen Rüstungsexport um ca. 70 Prozent. Besonders stark waren Ausfuhren in sogenannte Drittstaaten, also in Länder außerhalb der NATO und der Europäischen Union. Auffällig ist hierbei vor allem die Steigerung von Lieferungen in die Spannungsgebiete des Nahen Ostens und Nordafrikas. Hauptabnehmer für deutsche Panzer sind die Emirate und Saudi Arabien. Indonesien hat ebenfalls deutsche Leopard-Panzer für 216 Millionen US-Dollar geordert. Deutsche U-Boote gehen nach Israel und Ägypten. In der Regel wurden dabei die erforderlichen Einzelgenehmigungen, die für den Export in Krisengebiete notwendig sind, von

der Bundesregierung erteilt. Von den jährlich etwa 16.000 Anträgen wurden lediglich 80 - 100 Anträge abgelehnt. Das sind nicht mehr als 0,5 Prozent.²⁶

Volkswirtschaftlich gesehen sind Rüstungsproduktion und Rüstungsexport eine eher marginale Größe. In diesem Sektor der Volkswirtschaft arbeiten etwa 80.000 Beschäftigte. Das sind nicht mehr als 0,25 Prozent aller Beschäftigten. Der Umsatz der Rüstungsindustrie am Gesamtumsatz umfasst ca. 16 Milliarden Euro. Das entspricht etwa 0,64 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Bezogen auf den Gesamtexport sind das nur 1,5 Prozent.²⁷ Umso bedeutsamer ist aber das machtpolitische Gewicht von Rüstungsindustrie und Rüstungsexport. Hier liegt die materielle Grundlage für das Gewaltinstrumentarium des Staates nach außen und nach innen. Dieses Instrumentarium ist sowohl Basis als auch Symbol für die Bewahrung staatlicher Souveränität und deutschen Führungsanspruchs.

Deshalb tun sich Bundesregierung und Rüstungsindustrie so schwer, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten zu reduzieren. Man ist bestrebt, das hohe technologische Niveau der Rüstungsbranche in möglichst großer Breite und Tiefe zu erhalten. Bei einem eventuellen Umstieg der militärischen Bedarfsdeckung ausschließlich auf Importe – was volkswirtschaftlich durchaus möglich wäre – befürchten Regierung, Bundeswehr und Rüstungslobby eine einseitige Abhängigkeit von wenigen Lieferanten, insbesondere von den USA. Die Bundesregierung hält Deutschland damit für erpressbar und hat die Sorge, Souveränitätsrechte zu verlieren. Insofern startete die Bundesregierung gerade in dem Moment eine umfassende Rüstungsexportoffensive, als klar wurde, dass mit der Neuausrichtung der Bundeswehr und dem enger werdenden Finanzspielraum aller Partner in NATO und EU der Bedarf zurückgehen würde.

Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* erfand deshalb im Herbst 2012 den Begriff der *Merkel-Doktrin*.²⁸ Demnach solle Deutschland verstärkt Waffen in Spannungsgebiete liefern, um die regionalen militärischen Kräfte aufzurüsten und zu ertüchtigen, damit deutsche Streitkräfte – oder die der Bündnispartner – dort nicht eingesetzt werden müssen. Also gewissermaßen *Frieden schaffen mit mehr Waffen*. Für die deutsche Rüstungsexportpolitik war das ein Paradigmenwechsel zur Aushebelung des Kriegswaffenkontrollgesetzes von 1961. Die

²⁶Siehe Tagesspiegel vom 24.02.2013.

²⁷Siehe Vortrag von Lühr Henken auf dem Plenum der Berliner Friedenskoordination am 05.02.2012, in: <http://nowar.blogspot.de/2012/04/13/vortrag-deutsche-waffen-deutsches-geld-morden-mit-in-aller-welt/>.

²⁸Siehe Die Merkeldoktrin, in: *Der Spiegel*, Nr. 49/2012, S. 20-27.

schwarz-gelbe Merkel-Regierung geriet daher unter heftigen Druck der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition.

Die neue Koalition von CDU/CSU und SPD war genötigt einzulenken und in ihrem Regierungsprogramm eine konsequentere Einhaltung der Exportrichtlinien sowie mehr parlamentarische Transparenz zuzusichern.²⁹ Eine Änderung der realen Rüstungsexportpolitik ist im Frühjahr 2014 allerdings noch nicht zu erkennen. Wohl aber bietet der Koalitionsvertrag Ansatzpunkte für die Opposition, Druck auf die Regierung auszuüben. Eine grundsätzliche Änderung der deutschen Rüstungsexportpolitik ist aber dadurch kaum zu erwarten. Die bestehenden Verträge sind langfristig angelegt. Außerdem sind die Hauptabnehmer und -partner der deutschen Rüstungsindustrie Länder und Firmen des sogenannten europäischen Binnenmarkts. Auf diesen Markt entfallen ca. 40 Prozent des deutschen Rüstungsexports. Demgegenüber gingen zum Beispiel 2012 an die Entwicklungsländer nur etwas über 20 Prozent³⁰. Ein vollständiges Verbot für Rüstungsexporte ist insofern völlig unrealistisch, da die westeuropäische Rüstungsindustrie durch ihr Netz wechselseitiger Zulieferungen eng miteinander verzahnt ist. Darüber hinaus sind die europäischen Hauptwaffensysteme zum großen Teil Kooperationsprojekte. Das betrifft zum Beispiel das Transportflugzeug A400M, den Kampfhubschrauber Tiger, den Transporthubschrauber NH90, den Radpanzer Boxer oder den Eurofighter. Ein totaler Stopp der Rüstungsexporte, der friedenspolitisch so radikal wie verführerisch klingt, entspricht faktisch einer Forderung nach Renationalisierung der globalisierten Wirtschaftsbeziehungen und auch nach Renationalisierung der europäischen Sicherheitspolitik. Realpolitisch wäre es ein großer Fortschritt, wenn es gelänge, die deklarierten moralischen Grundsätze der deutschen Außenpolitik durch konsequente Einhaltung des Kriegswaffenkontrollgesetzes umzusetzen und jegliche Waffenlieferungen in Spannungsgebiete zu beenden.

Perspektiven der *neuen* deutschen Außenpolitik

Welche Außenpolitik haben wir also von der Großen Koalition in den nächsten Jahren zu erwarten und welchen Stellenwert wird darin die Bundeswehr haben? Zweifellos gibt es einen starken – vor allem über die Medien vermittelten – Druck, militärische Machtmittel als Gestaltungselement deutscher Außenpolitik einzusetzen. Parteipolitisch kommt dieser Druck vor allem aus dem rechten Spektrum der CDU/CSU und der Grünen. Außerdem gibt es eine kleine Gruppe einflussreicher und transatlantisch vernetzter Journalisten,

²⁹Siehe Koalitionsvertrag, a. a. O., S. 16.

³⁰Siehe Neue Rheinische Zeitung vom 14.03.2014.

die als Scharfmacher eines bellizistischen Kurses fungieren.³¹ Außenpolitisch kommt dieser Druck vor allem aus Kreisen sicherheitspolitischer Eliten in den USA, die die europäischen NATO-Partner insgesamt auf einen aktiveren militärischen Kurs drängen wollen, gewissermaßen als Ausgleich für die geopolitische Umorientierung der USA auf den pazifischen Raum. Es gibt aber auch europäische Regierungen, die von Deutschland ein stärkeres Militäengagement fordern wie zum Beispiel Frankreich, das militärische Unterstützung zur Befriedung seines ehemaligen Kolonialreichs in Afrika erhofft, sowie Polen und die Balten-Republiken, die sich von Russland bedroht sehen.

In der neuen Merkel-Regierung gibt es durchaus eine wachsende Bereitschaft, diesem Druck nachzugeben und bereitwilliger die Bundeswehr weiter aufzurüsten und auch einzusetzen. Sicher wird dabei die Bundeswehr nicht zu einer Expansionsarmee für Landgewinn im Sinne traditionellen Herrschaftstrebens des 20. Jahrhunderts ausgebaut werden. Sie hat aber einen festen Platz bei der außenpolitischen Herrschaftsabsicherung und Stabilisierung des transatlantischen Kapitalismus als Ganzes sowie zur Untersetzung der Vormachtstellung Deutschlands in Europa. Dazu gehört auch die reale Fähigkeit zur Führung punktueller Kriege in deutschen bzw. europäischen Interessengebieten an der Peripherie bzw. außerhalb Europas. Das ist genug Grund zur Besorgnis für die außen- und friedenspolitische Opposition.

Am wahrscheinlichsten sind folgende Entwicklungen bzw. Fragestellungen für die politische Auseinandersetzung der nächsten Jahre:

1. Ohne Zweifel wird die *neue* deutsche Außenpolitik mit wesentlich **mehr politischen und diplomatischen Aktivitäten** in Erscheinung treten als die Außenpolitik der schwarz-gelben Vorgänger-Regierung. Die gegenwärtig so viel beschworene *außenpolitische Verantwortung* konzentriert sich dabei besonders auf den nichtmilitärischen Bereich. Die entsprechenden Signale setzte Außenminister Steinmeier sofort mit Beginn seiner zweiten Amtszeit. Die ersten Schwerpunkte zielten auf eine friedliche Konfliktlösung im Nahen und Mittleren Osten. Bei der außenpolitischen Orientierung auf die Länder der *Östlichen Partnerschaft* – wie zum Beispiel bei der Herbeiführung und Lösung der Krise um die und in der Ukraine – zeigte sich aber sehr schnell, dass Politik und Diplomatie durchaus auch auf Regime-Change und interventionistischen Demokratieexport mit destabilisierenden Auswirkungen gerichtet sein können.
2. Bis zum Frühjahr 2014 hatten alle maßgeblichen politischen Akteure der Bundesrepublik wiederholt versichert, dass es nach Afghanistan auf ab-

³¹Siehe U. Krüger, *Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse*, Köln 2013, 378 S.

sehbarer Zeit **keine weiteren Kampfeinsätze** geben werde. Angesichts der dort gesammelten Erfahrungen und der Antikriegsstimmung in der deutschen Bevölkerung ist das durchaus glaubhaft. Dennoch dürften Auslandseinsätze der Bundeswehr weiterhin für politische Diskussionen sorgen. Am wahrscheinlichsten ist die Fortsetzung und eventuell sogar Verstärkung der Ausbildungs- bzw. Unterstützungsmissionen in Mali, Somalia und Afghanistan. Neu auf der Agenda steht die militärische Unterstützung Frankreichs in der Zentralafrikanischen Republik im Rahmen einer EU-Mission. Für die Stationierung der deutschen Patriot-Einheiten an der Grenze zu Syrien ist ein Ende nicht in Sicht. Außerdem beteiligte sich die Bundeswehr im Rahmen der Krise um die Ukraine auch am lauten Säbelschlagen der NATO gegenüber Russland. Gerade dieser Konflikt zeigt, dass militärische Macht selbst als *Mittel zweiter Wahl* ein gefährliches Eskalationspotenzial beinhalten kann.

3. Die Aktivitäten Deutschlands zu einer **engeren militärischen und rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit** werden sich vorrangig auf die Europäische Union konzentrieren. Die Koalitionsvereinbarung signalisiert eine stärkere Orientierung auf den Ausbau des entsprechenden Instrumentariums in juristischer und institutioneller Hinsicht.³² *Smart defense* ist der Schlüsselbegriff für eine intensivere Arbeitsteilung und Abstimmung zwischen den europäischen NATO-Ländern in militärischer und rüstungswirtschaftlicher Hinsicht, die in Richtung der Herausbildung einer Europäischen Verteidigungsunion gehen. Diese Entwicklung muss man aber nicht nur als Ausdruck einer zunehmenden Militarisierung der Europäischen Union begreifen. Das könnte durchaus auch ein Ansatz dafür sein, dass die Europäer ihre Verteidigung in die eigenen Hände nehmen und sich aus der US-amerikanischen Abhängigkeit befreien.
4. Fraglich erscheint, ob die **Rüstungsexportpolitik** der schwarzgelben Koalition nahtlos fortgesetzt werden kann. Einerseits gibt es hierzu heftige Widersprüche innerhalb der schwarz-roten Koalition selbst. Andererseits wächst der Widerstand der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition gegen die zunehmenden Rüstungslieferungen in Spannungsgebiete sowie an autoritäre Regime wie Saudi Arabien und die Vereinigten Emirate. Im Deutschen Bundestag wird sich die Auseinandersetzung um mehr Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen, die striktere Auslegung des Kriegswaffenkontrollgesetzes und um mehr parlamentarische Beteiligungsrechte verstärken.

³²Siehe Koalitionsvertrag, a. a. O., S. 164-166.

5. Als Schlüsselproblem der deutschen Außenpolitik dürfte sich das **Verhältnis der Bundesregierung zu den USA und zur NATO** erweisen. Die Krise in der und um die Ukraine macht deutlich, dass sich die deutsche Interessenlage in Bezug auf Osteuropa gravierend von der US-amerikanischen unterscheidet. Das geopolitische Interesse der USA besteht in der Schwächung Russlands – insbesondere unter dem Aspekt seiner Rolle als Hinterland für den neuen Rivalen China. Deutschland und die EU aber brauchen Russland als Partner für Frieden und Stabilität auf dem Kontinent. Offen ist dabei die Frage, ob Deutschland weiter in Nibelungentreue dem amerikanischen Hegemon verbunden bleibt oder seine eigenen Interessen durchsetzen kann. Das aber würde bedeuten, dass die NATO als Instrument der USA an Bedeutung verlieren und die Eigenständigkeit der Europäischen Union wachsen müsste.
6. Das sicherheitspolitische Klima in Deutschland und Europa wird weitgehend davon abhängen, wie sich die **Beziehungen zu Russland** entwickeln und wie die mit der Krise in der und um die Ukraine angeheizte Konfrontation zwischen dem transatlantischen Westen und Russland wieder abgebaut wird. Dieses Verhältnis erweist sich mehr denn je als Kernfrage für Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent. Sicherheit in Europa kann immer nur mit und nicht vor Russland gewährleistet werden. Insofern kann es für die Bundesregierung nur darum gehen, auf den bewährten Weg einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland zurückzufinden und auch innerhalb der NATO und der EU in diesem Sinne zu wirken. Ansonsten drohen ein neuer Rüstungswettlauf und militärische Spannungen, die alle nur denkbaren ökonomischen, politischen und militärischen Risiken und Eskalationsstufen einschließen können. Deutsche Verantwortung muss sich gegenwärtig vor allem darin beweisen, einen friedlichen und stabilen Ausweg aus der Krise in der und um die Ukraine zu ermöglichen.

Kommen wir am Ende auf den Ausgangspunkt unserer Überlegungen zur aktuellen deutschen Außenpolitik zurück. Wir leben im Jahre 2014 in einer anderen Zeit als vor 100 Jahren. 2014 ist nicht mehr 1914 – und auch nicht mehr 1939. Gewiss, die heutige Zeit ist wieder eine Zeit des Umbruchs. Es vollzieht sich der Wechsel von einer bipolaren und hegemonialen zu einer multipolaren Weltordnung. Aber dieser Wechsel vollzieht sich in einer globalisierten Welt, die mehr denn je auf Kooperation zur Lösung der alten und neuen Lebensfragen angewiesen ist. Dieser Umbruch beinhaltet Chancen, aber auch Risiken. Für Deutschland und Europa heißt das in Bezug auf das Thema Außenpolitik und Militär:

Erstens: Unser Land und unsere Streitkräfte sind in einer grundsätzlich anderen Verfasstheit. Deutschland lebt in freundschaftlicher Verbundenheit und Kooperation mit 27 anderen Staaten in einer Europäischen Union. Die Volkswirtschaften der europäischen Länder sind in wechselseitiger Abhängigkeit verknüpft. Die Bundeswehr ist weder mit der kaiserlichen Armee noch mit der Reichswehr oder der deutschen Wehrmacht vergleichbar. Der nationalistisch-militaristische Geist, der unser Land vor 100 und auch noch vor 75 Jahren geprägt hat, lebt nicht mehr, zumindest hat er keine Massenbasis mehr in der deutschen Bevölkerung. Dazu kommt, dass die letzten 25 Jahre Europa einen bedeutenden Abbau der militärischen Konfrontation gebracht haben. Standen sich bis 1990 noch ca. 1,5 Millionen Soldaten zweier militärischer Blocksysteme auf deutschem Boden hochgerüstet feindlich gegenüber, so verfügt Deutschland heute noch über rund 180.000 Soldaten, die als nationale Streitkräfte allein nicht mehr handlungsfähig sind. All das sind eigentlich gute Voraussetzungen für ein friedliches Deutschland und ein gewaltfreies Europa.

Zweitens: Die im Frühjahr 2014 eskalierende Krise in der und um die Ukraine macht jedoch deutlich, dass in Europa das Denken in Kategorien der militärischen Konfrontation noch nicht ausgestorben ist. Sicherheit wird von den Regierungen in Europa noch immer als ein primär militärisches Problem verstanden. Streitkräfte sind nach wie vor ein Instrument der Außenpolitik zur Durchsetzung staatlicher Interessen mit militärischen Mitteln. Auf die deutsche Bundesregierung gibt es einen starken Druck, bereitwilliger die Bundeswehr zur Androhung und Anwendung militärischer Gewalt einzusetzen. Dieser Druck kommt sowohl von bellizistischen Kreisen im Inland als auch von Verbündeten in der NATO und der EU. Er kommt insbesondere von den USA, die Deutschland und die EU mit ihren Streitkräften effektiver zur Durchsetzung ihrer eigenen geopolitischen Interessen gegenüber Russland und China nutzen wollen. Von einer kooperativen gesamteuropäischen Sicherheit sind wir noch weit entfernt.

Der historische Lernprozess aus den zwei verheerenden Weltkriegen ist also noch nicht abgeschlossen. Die deutsche Friedensbewegung sollte an der Vision einer entmilitarisierten europäischen Sicherheit festhalten, einer Sicherheit, die auf der gleichberechtigten Kooperation aller Staaten von Vancouver bis Wladiwostok beruht, unabhängig vom Stand und Charakter ihrer gesellschaftlichen Entwicklung. Das ist die Hauptlehre sowohl aus dem Ersten als auch aus dem Zweiten Weltkrieg.

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e. V.
Aus der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

- Heft 99 **Militärdoktrin der Russischen Föderation** (vom 5. Februar 2010)
Arbeitsübersetzung: Rainer Böhme, Egbert Lemcke, Frank Preiß
Dresden 2010, 44 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 100 **Für Entmilitarisierung der Sicherheit**
20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. (DSS)
Beiträge: Rolf Lehmann, Hermann Hagena, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Egbert Lemcke, Siegfried Schönherr, Paul Heider, Eberhard Hauois, Joachim Klopfer; 11 Anlagen,
Dresden 2010, 338 Seiten, 42 Abb., davon 31 farbige; 15,00 Euro.
- Heft 101 **Multipolare Sicherheit statt Pax americana**
15. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 20. November 2011
Beiträge: Ernst Voit, Wolfgang Effenberger, Horst-Dieter Strüning, Volker Bialas, und Wolfgang Scheler; Dresden 2011, 60 Seiten; 4,00 Euro.
- Heft 102 **Brennpunkt Afghanistan**
Beiträge von Hermann Hagena und Arne C. Seifert
Dresden 2011, 56 Seiten, mit 16 Farbbildern und -karten, 05,00 Euro.
- Heft 103 **Grenzschutz und Grenzregime an der deutsch-deutschen Grenze**
Ansichten zu einer anhaltenden Kontroverse.
Beiträge: Wolfgang Scheler, Artur Pech, Rolf Ziegenbein, Dirk Fischer, Joachim Sladko, Horst Liebig und Günther Glaser; Dresden 2011, 108 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 104 **Krieg und Frieden im marxistisch-philosophischen Denken der DDR**
Dresden 2011, 110 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 105 **Globale Machtordnung oder globale Friedensordnung?**
16. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 19. November 2012
Beiträge: Norman Peach, Ernst Voit, Eter Hachmann, Wolfgang Effenberger, Horst-Dieter Strüning, Harry Pursche, Endre Kiss, Volker Bialas, und Wolfgang Scheler;
Dresden 2012, 82 Seiten; 4,00 Euro.
- Heft 106 **Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht und die Chancen für eine globale Friedensordnung**
17. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 17. November 2012
Beiträge: Endre Kiss, Ulrich Knappe, Wolfgang Effenberger, Wolfgang Scheler, Horst-Dieter Strüning, Ernst Voit und Horst Sylla; Dresden 2013, 82 Seiten; 4,00 Euro.
- Heft 107 **Die Neuausrichtung der Bundeswehr – Position und Opposition**
Beiträge: Detlev Bald, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Horst Sylla, Wilfried Schreiber;
Dresden 2013, 68 Seiten; 4,00 Euro.
- Heft 108 **Frieden und andere Probleme in wechselseitiger Abhängigkeit**
18. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 23. November 2013
Beiträge: Volker Bialas, Wolfgang Scheler, Endre Kiss, Ernst Voit; Dresden 2014, 63 Seiten;
4,00 Euro.
- Heft 109 Alwin Loose, Wolfgang Scheler: **Philosophen an der Militärakademie**
Der Philosophielehrstuhl an der Militärakademie „Friedrich Engels“. Reminiszenzen ehemaliger Mitglieder; Dresden 2014; 340 Seiten; ca. 10,00 Euro.
- Heft 110 Artur Pech, Hartmut Jentsch, Rolf Ziegenbein: **Wissenschaftliche Kritik und Reformbestrebungen zum Grenzschutz der DDR zwischen 1980 und 1990**
Dokumente und Kommentare aus der Distanz von drei Jahrzehnten;
Dresden 2014, 115 Seiten; 5,00 Euro.

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) informiert über
Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.

<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>